

45.

Geschehen Detmold am Landtage den 6ten August 1849.  
Morgens 11 Uhr.

Gegenwärtig die Abgeordneten mit Ausnahme der Abgeordneten Klocke und Petri II.; aus Fürstlicher Regierung die Herren Regierungspräsident Petri, Regierungsrath Feldman und Regierungsrath Meyer.

Zunächst wird bemerkt, daß heute der neugewählte Abg. des XIII. Wahlbezirks, Pastor Wesel aus Schötmar, in den Landtag eingetreten ist.

Das Protocoll vom 3. d. M. wurde vorgelesen und genehmigt; sodann machte der Schriftführer Hildebrand die Eingänge bekannt, nämlich:

1) 3 Petitionen vieler Eingefessenen des Amts Derlinghausen gegen sofortige Aufhebung des Schulgeldes, übergeben vom Abg. Tenge;

2) eine Vorstellung und Bitte vieler Bewohner des Amts Brake, Aufhebung der bestehenden Fischereigerechtigkeiten betr., übergeben vom Abg. Hagemeister;

3) Bitte des Magistrats und der Stadtverordneten zu Barntrup, Berücksichtigung bei der Gerichtsorganisation betr., übergeben vom Abg. Bornemeyer;

4) Vorstellung der Eingefessenen zu Leopoldsthal, Contribution von Erbpachtsgrundstücken betr., übergeben vom Abg. Hausmann;

5) eine Vorstellung und Bitte des Krameramts zu Salzuflen, den Hausirhandel betr., übergeben vom Abg. v. Stietencron;

6) ein Gesuch des Krameramts zu Horn, denselben Gegenstand betr., übergeben vom Abg. Schierenberg;

7) Bitte und Antrag der Neubauer zu Brakelsiek und Lothe, Besteuerung betr., übergeben vom Abg. König;

8) Bitte und Antrag der Einlieger und Neubauer zu Brakelsiek, Ueberlassung von Land von der Schiederschen Meierei betr., übergeben vom Abg. König;

9) eine Petition von 220 Eingefessenen des Amtes Blomberg, Verlegung eines Kreisgerichts nach Blomberg betr., übergeben vom Abg. Böhmer. —

Sodann wurde zur Tagesordnung übergegangen, zunächst zur Berathung des

des Antrags der Commission für Herbeiführung der Trennung des Staats-  
haushalts vom Domanialhaushalte.

Nachdem von der Versammlung die Vorlesung genehmigt worden, trug  
der Abg. Schütz als Berichterstatter die einleitenden Bemerkungen, den Ent-  
wurf einer Trennung und die Begründung desselben vor.

Anl. 24. 25. 26.

Ein von dem Abg. v. Stietencron ausgearbeitetes Minderheitsrachten  
konnte nicht vorgetragen werden, da dasselbe bei den Acten der Commission fehlte.

Die Abg. Schütz und Böhmer waren für ein sofortiges Eingehen auf  
den Entwurf rücksichtlich des in demselben enthaltenen Hauptprincipis; dagegen er-  
klärten sich die Abg. König, Schierenberg, Stückmann, Petri I. und v. Stietencron.

Herr Regierungsrath Heldman hielt ein Eingehen heute für unzulässig,  
da das Minderheitsrachten nicht vorgetragen werden könne, auch ein Mit-  
glied der Versammlung, der neu eingetretene Abg. Wesel, gar nicht instruiert sei.

Nachdem hierauf der Abg. Schütz den Antrag auf ein sofortiges Ein-  
gehen zurückgezogen, wurden die Anträge der Commission angenommen und  
nur ein sehr umfangreiches Exposé des Abg. Tenge vom Druck ausge-  
schlossen. — Das Minoritätsrachten des Abg. v. Stietencron und die Aus-  
arbeitungen der Abg. Schierenberg und Meyer sind angeschlossen.

Anl. 27. 28. 29.

Hierauf motivirte der Abg. Bunte seinen Antrag auf Stellung derjeni-  
gen, welche wegen politischer Vergehen in Untersuchung gerathen, bis jetzt  
aber nicht rechtskräftig verurtheilt seien, sowie derer, welche noch in Unter-  
suchung gerathen mögten, vor Geschwornengerichte — damit, daß in der  
Amnestiefraße gar kein Beschluß gefaßt sei; den politisch Angeklagten müsse  
ihr Recht durch das Volk werden; der Abg. Kulemann habe nun sicher bei  
Stellung seines Antrags sich die Abgeordneten gewissermaßen als Geschworne  
gedacht; die Sache sei aber von der Mehrheit rein juristisch betrachtet.

Abg. v. Stietencron stellte den Antrag, den Bunte'schen selbstständigen  
Antrag einer besonders zu wählenden Commission zum Bericht zu überweisen.

Abg. Meyer war für den Antrag und nahm zur Begründung desselben  
Bezug auf §. 46 der Grundrechte und Art. III. des Einführungsgesetzes,  
wonach die Geschwornengerichte angesäumt einzuführen seien; seit Einfüh-  
rung der Grundrechte seien indeß schon 7 Monat vergangen; wenn nun  
auch noch mancherlei Einrichtungen erforderlich seien, um jene Gerichte  
ins Leben zu rufen, so sei wenigstens erforderlich, daß kein Angeklagter mehr  
von den bisherigen Gerichten abgeurtheilt, sondern damit Anstand genom-  
men werde, bis Geschwornengerichte eingeführt seien.

Abg. Petri I. machte darauf aufmerksam, daß die Sache nicht so ein-  
fach sei, sonst würde die Commission für Justizreform wol schon berichtet  
haben;

haben; er beantrage Verweisung des Antrags an diese Commission; ein *justitium*, wie es der Abg. Meyer wolle, sei ein Unding, denn es müsse jederzeit Gerichte geben, welche alle Verbrecher zur schleunigsten Untersuchung und Bestrafung heranzögen.

Abg. Leizmann ist für den Antrag, da ihn der Bericht der Commission wegen Aufhebung der §§. 2 und 3 des Publicationspatents zur Oberappellationsgerichts-Ordnung vollständig überzeugt habe, daß unsere Criminaljustiz nicht zweckmäßig organisirt sei; es würde nicht schwer sein, Geschwornengerichte sofort zu bilden, dieß sei in Sachsen-Weimar schon im Januar geschehen und jetzt erst schreite man dort zur vollständigen Justizreform; man wolle nur Gerichte in gegenwärtiger Zeit, welche vollständig auf das Vertrauen des Volks und der Angeklagten Anspruch machen könnten; indeß habe ihn der Abg. Petri I. überzeugt, daß eine Sistirung des criminellen Verfahrens unthunlich sei, um so mehr aber müsse der Hauptantrag Unterstützung finden.

Abg. Hausmann führte an, die Angeklagten könnten nicht darunter leiden, daß die Grundrechte rücksichtlich der Geschwornengerichte noch nicht ins Leben getreten seien; auf der andern Seite leuchte es ein, daß der Staat nicht in der Lage gewesen, dieselben sofort ins Leben zu rufen — es sei daher das Beste, die Urtheile wegen politischer Vergehen hinauszuschieben, das sei wol möglich und durchaus nicht gefährlich.

Abg. Meyer führte noch an, in Hessen seien schon vor 4 Monaten Geschwornengerichte gebildet; von einem *justitium* aber könne keine Rede sein, da es sich nicht um Sistirung der Untersuchungen, sondern nur der Urtheile handle.

Abg. Petri I.: unser Land sei zu klein, es könnte in demselben der vollständige Organismus der Geschwornengerichte nicht eingeführt werden und sei deßhalb auch schon mit Braunschweig unterhandelt worden; Weimar sei bis jetzt das einzige der kleineren Länder Deutschlands, in welchem Geschwornengerichte eingeführt seien, da sei es aber schon eher möglich gewesen, als bei uns; ein *justitium* sei allerdings beantragt, das würde ein Act der Cabinetsjustiz sein; solche Eingriffe verbiete Nov. 113, und er glaube nicht einmal, daß der Staat das Recht und die Macht dazu den Gerichten gegenüber habe.

Abg. Schütz war für den Antrag des Abg. Petri I.

Abg. Althof bemerkte, er werde für den Buntjeschen Antrag stimmen, da der §. 3 des Publicationspatents zur Oberappellationsgerichts-Ordnung noch nicht aufgehoben sei.

Vor der Abstimmung bemerkte noch der Vorsitzende, Präsident v. Cölln, da er abstimmen müsse, wolle er nur darauf aufmerksam machen, daß die Frage noch gar nicht erörtert worden, wer denn die Entscheidung darüber haben solle, ob ein politisches Vergehen vorliege.

Es

Es wurde hierauf der Antrag des Abg. v. Stietencron abgelehnt, der Antrag des Abg. Petri I. aber mit 12 gegen 11 Stimmen angenommen.

Rücksichtlich des selbstständigen Antrags des Abg. Hagemann, die Wahl einer Commission für den Entwurf eines Einkommensteuergesetzes betr., stellte Abg. Schütz den Antrag, erst Beschluß wegen des Vertagungsantrags zu fassen und bis dahin den Hagemannschen Antrag zurückzustellen.

Dagegen erklärten sich der Abg. Tappe und der Antragsteller — und wurde nach Ablehnung des Antrags des Abg. Schütz beschloffen, daß die Wahl demnächst stattfinden solle.

Der gleiche Beschluß wurde hinsichtlich des Antrags des Abg. Klocke auf Wahl einer Commission für den Schulgesetzentwurf gefaßt (und der Antrag des Abg. v. Stietencron, daß diese Commission gleichfalls aus 9 Mitgliedern bestehen möge, angenommen.

Abg. Meyer machte darauf aufmerksam, daß durch die Krankheit des Abg. Petri II. in den wichtigen Commissionen für das Colonatrecht und die Justizreform eine Lücke entstanden sei, und beantragte, daß provisorisch derjenige Abgeordnete, welcher nach den gewählten die meisten Stimmen gehabt, in die Commissionen eintrete.

Abg. Stückmann sprach sich gegen den Antrag aus, Abg. von Stietencron ebenfalls dagegen, es sei das unpassend bei bloß zeitweiser Verhinderung eines Mitgliedes und würde darin auch ein testimonium paupertatis für die Commissionen liegen.

Abg. Leizmann führte an, es sei zu wünschen, daß dem Antrage entsprochen werde, damit wegen der Abstimmungen die Zahl der Commissionsmitglieder wieder unpaar sei.

Abg. König sprach sich entschieden dagegen aus, für den Fall der Erkrankung von Commissionsmitgliedern Ersatzwahlen vorzunehmen.

Abg. Hausmann war ebenfalls dagegen; die Commissionen seien so zahlreich besetzt, daß eine Stellvertretung nicht nöthig sei.

Der Antrag des Abg. Meyer wurde hierauf abgelehnt.

Die nächste Sitzung wurde auf morgen 9 Uhr anberaumt und als Tagesordnung festgesetzt:

- 1) Bericht der Petitionscommission;
  - 2) Neuwahl des Bureau;
  - 3) Berathung des Antrags des Abg. König auf Vertagung;
  - 4) Berathung des Berichts der Verfassungscommission.
- Schluß der heutigen Sitzung 1½ Uhr.

Vorgelesen und genehmigt.

v. Cölln.

C. König.

Ulrich.

## Anlage 24.

### Einleitende Bemerkungen

zu

einer Vereinbarung zwischen Sr. Durchlaucht dem Fürsten zur Lippe und dem Landtage, über das Domanial-Vermögen, in Beziehung auf die von Fürstlicher Regierung dem Landtage gemachte desfallige Vorlage.

Seit einer Reihe von Jahren ist es der Wunsch des Landes gewesen, es möge eine Scheidung in Ansehung desjenigen Domanial-Vermögens eintreten, dessen Ertrag theils für die Fürstliche Hofhaltung, theils zum Besten des Landes verwendet worden ist.

Diesem Wunsche lag das Streben nach Wahrheit zum Grunde, und in seiner Erfüllung die Absicht, ein Mißtrauen zu beseitigen, welches zwischen der Landesregierung und den Landesbewohnern um so mehr entstehen mußte, als das Letztere über den Verbleib des Staats-Einkommens in Finsterniß gehalten, und ihm darüber nicht klare Rechenschaft gelegt wurde, zu welchen Zwecken die Einkünfte des Landes nöthig waren, wie sie wirklich verwendet wurden und ob die Art der Vertheilung die richtige sei. Denn es liegt sehr nahe, daß Jeder, der zu den Staatslasten beitragen soll, auch wissen will, ob der Gesamt-Ertrag diejenige Verwendung findet, für die er bestimmt ist, und die sich rechtfertigen läßt.

Erst in neuerer Zeit, nämlich auf den Landtagen der Jahre 1845 und 1847, hatte sich die Landes-Regierung bereit erklärt, auf die hier in Frage stehende Trennung des Staatshaushalts vom Domanialhaushalte, und dadurch auf eine Festsetzung des Fürstlichen Privatvermögens, näher einzugehen. Die darüber gepflogenen Verhandlungen haben aber ein Resultat nicht herbeigeführt, sie scheiterten an dem Umstande, daß die Landesregierung mit der Cammer noch verbunden war, die erstere die Interessen der letzteren vertreten half, und daß die damaligen Stände vergeblich eine Lösung der Frage versuchten, in welcher Substanz und welchen Einkünften das Fürstliche Haus- und Familien-Fideicommiß bestehen, und welche Verpflichtungen darauf dem Lande gegenüber lasteten.

Es fragt sich nunmehr, ob diese Hindernisse durch die seitdem stattgehabten Ereignisse der Zeit beseitigt sind, oder wie sonst dem Ziele, einen der Hauptwünsche des Landes in Erfüllung gehen zu sehen, näher gerückt ist.

In dem Patente des Fürsten vom 9. März 1848 ist nicht nur ein Stein des Anstoßes in dieser Sache, die Verbindung der Rentcammer mit der Regierung hinweggeräumt, sondern es ist auch die Scheidung dieser ober-

obersten Landesbehörde unmittelbar darauf wirklich vollzogen, und zugleich die Verheißung ausgesprochen, daß den Wünschen des Landes in Ansehung der Rassen-Trennung entsprochen werden solle.

Die Vorlage Fürstlicher Regierung vom 13. Juni 1849

„Trennung des Staatshaushalts vom Domanal-Haushalte betreffend“

und die derselben zugelegten Berechnungen über die Einnahmen und Ausgaben der Land-Casse und Land-Rentei stimmen mit den darüber behufs einer Prüfung dem Landtage vorgelegten Registern, Belägen und sonstigen Nachweisen überein und setzen es außer Zweifel, daß von jener obersten Landesbehörde dadurch diejenigen Aufschlüsse gegeben sind, welche unumgänglich erforderlich waren, um dem Lande eine Uebersicht in Betreff der Finanz-Verhältnisse und des dormalen bestehenden Sachverhältnisses zu geben, auf deren Basis allein die Verhandlungen zur Erreichung der vorhabenden Absicht zu stützen sind.

Zur Prüfung dieser Grundlage wird hier zunächst auf diejenigen Landtagsverhandlungen, welche sich über den vorliegenden Gegenstand verbreiten, Bezug genommen, und hat demnach Fürstliche Rentcammer im Erlasse an Fürstliche Regierung vom 9. September 1842 ausgesprochen:

„Es beruht auf hiesiger alter Verfassung, daß der hohe Landesherr aus seiner Cammerkasse nicht nur die Kosten der Hofhaltung, sondern auch die Lasten der Landesverwaltung trägt, daß aber das Land Höchstdemselben dabei nach Bedürfnis zu Hülfe kommen muß.“

Hiernach ergibt sich als Grundsatz, daß die Bestreitung der Kosten der Staatshaushaltung zunächst auf der Fürstlichen Landrentei ruhet, und wenn deren Kräfte dazu nicht ausreichen, erst dann das Land die fehlenden Mittel herbeizuschaffen hat. — Demgemäß hat denn auch Fürstliche Regierung in Betreff Bestehenbleibens des Unterstützungsverhältnisses zwischen Landrentei und Landcasse nach erfolgter Trennung des Staats- vom Domanalhaushalte, in dem Erlasse vom 29sten Januar 1845 unter Anderm erklärt:

„das bisherige Verhältniß, daß die Cammer die Regierungslasten zu tragen hatte und dazu aus der Landcasse unterstützt wurde, jene also principaliter, diese nur subsidiarisch verpflichtet war, hört seinem Bestehen nach auf u. s. w.“

Auf diese Voraussetzung stützte sich denn auch die in den Anlagen 1 und 2 Seite 10 und 17 der Regierungsvorlage vom 22. Mai resp. 13. Juni 1849, enthaltenen Berechnungen.

Es kann jetzt noch nicht darauf ankommen zu untersuchen, ob das Princip, welches der Berechnung zum Grunde liegt, richtig ist, sondern lediglich darauf, ob mit dessen Realisirung diejenigen Wünsche und Interessen des

des Landes in Erfüllung gehen, welche man von der Trennungsfrage erwartet. Diese Frage muß verneint werden! — Denn es ist in der Proposition und ihren Anlagen weder die Absicht ausgesprochen, geschweige denn Garantie dafür geleistet, daß das Erträgniß des Domaniel-Besizes, nach Befriedigung der Bedürfnisse der Fürstlichen Hofhaltung, dem Lande zu Gute kommen solle; und daß dasselbe nicht zu befürchten brauche, Gefahr zu laufen, das Opfer von Privat-Speculationen zu werden.

Diese Befürchtungen liegen aber sehr nahe, wenn namentlich sowohl die Verwaltung der Forsten als die Verwendung des Products derselben in Betracht gezogen werden, indem dabei sämtliche Landesbewohner unmittelbar theilhaftig sind.

Auch der Zweck der Trennung des Staats- vom Domanielhaushalte, in der Weise, wie in der Regierungs-Vorlage beabsichtigt wird, wäre im Falle einer Ueberschuldung des Domaniel-Vermögens verfehlt; und die Annahme, daß in Betreff Bestreitung der Kosten für die Fürstliche Hofhaltung von Subventionen Seitens des Landes nicht mehr die Rede sein könne, nur illusorisch. —

Gleichwie bei den frühern Verhandlungen der Landtag vornehmlich die Frage ventilirte, worin die Substanz des Fürstlichen Privatvermögens bestehe, und wie bei der Auseinandersetzung das Interesse des Fürsten und des Landes zu vereinigen sei, so kann es jetzt nur die Absicht sein, das Ziel unter Beiseitesetzung der Vorfragen im Wege der Vereinbarung zu erreichen. Zu dem Ende kann hier vorläufig der Inhalt der den Abgeordneten zugefertigten Schrift — „Ueber die Fürstlichen Domänen oder Cammergüter“ — insofern dadurch der Nachweis im historischen Wege geführt werden soll, jene Domänen seien lediglich der Disposition des Fürsten unterworfen, — nicht weiter Gegenstand der Kritik sein, da die darin entwickelte Ansicht vielfältig und mit Erfolg z. B. u. A., in einem Rechts-Gutachten der Tübinger Juristen-Facultät bei Gelegenheit der hannoverschen Domänen-Frage, bestritten und widerlegt worden ist.

Die Untersuchung, worin in Ansehung der Domänen die Rechte und Verpflichtungen des Fürsten als solchem, und deren, welche ihm als Privat-Eigenthümer competiren, bestehen, führen theils dem ursprünglichen Verhältnisse nach, nicht mehr zu einem festen Resultate, theils sind darin im Laufe der Zeit und ihrer Ereignisse solche Veränderungen eingetreten und als Regel angesehen, daß eine Beschreitung des Rechtswegs zu dem angegebenen Zwecke zunächst nur ein Heer von Processen hervorrufen, deren Ende nicht abzusehen und rücksichtlich deren Ausgang es zweifelhaft sein würde, ob damit dasjenige, was der Landtag vornehmlich bei Trennung des Staatshaushalts vom Domanielhaushalte beabsichtigt, irgendwie erreicht wäre!

Da es sich aber darum handelt, in Ansehung der vorliegenden Frage nicht nur überhaupt eine Vereinigung der Interessen des Fürsten und des Lan-

Landes zu erzielen, sondern auch Gründe laut genug dafür sprechen, daß solches baldigst geschieht, — so bleibt auch nichts übrig, als nunmehr ungesäumt der Vorlage Fürstlicher Regierung gegenüber, von Seiten des Landtags directe Vorschläge zu eröffnen, in welcher Art eine Vereinbarung herbeigeführt wird, wie sie allein dem Lande zum Heil gereicht!

Wenn es nun, wie mit Rücksicht auf Erfahrung und das Patent Sr. Durchlaucht vom 9. März 1848 nicht bezweifelt werden darf, Höchstdessen Absicht ist, eine Verständigung in Bezug auf die Domänenfrage unter möglichster Berücksichtigung der Sorge für eine dauernde Wohlfahrt der Landesbewohner herbeizuführen, — so möchte über die Art der Ausführung der Vorgang anderer kleineren Staaten Deutschlands insofern einen Anhaltspunkt darbieten, als daselbst die nämlichen Verhältnisse und Interessen obwalteten, und ein gleiches Motiv, wie es hier vorliegt, für die Vereinbarung in der Art, wie sie zu Stande gekommen ist, die Richtschnur hergab.

Denn auch dort sind die Vertreter des Volks von der Ansicht ausgegangen, es könne nur dann eine Trennung des Staatshaushalts vom Domänenhaushalte dem Lande zum Heil gereichen, wenn eben die Verwaltung der Domänen nicht gewissermaßen in der Hand eines Einzigen bleibt, und solche nicht lediglich vornehmlich dessen Interessen im Auge hat, sondern wenn, bei Befriedigung der Bedürfnisse des Landesherrn, die Domänen in der Art verwaltet werden, daß dadurch auch für die Landesbewohner eine Erleichterung dauernd entsteht, und derjenigen Noth vorgebeugt würde, deren Eintritt immerhin zu befürchten stände, wenn das gesammte Domanium in bisheriger Weise zur Disposition des Regenten verbliebe.

Aus den der Vorlage Fürstlicher Regierung in den Anlagen 3 und 4, Seite 33 und 50 beigefügten Berechnungen erhellt nun, daß von denjenigen Einnahmen, welche zur Landrentei fließen, nach Abzug der davon künftig zu bestreitenden Ausgaben der s. g. Hofstaats-Casse ein Betrag von 85000 Rthl. verbleibt, und also auch in Anspruch genommen werden wird, wenn in einer andern als der von Fürstlicher Regierung proponirten Weise, eine Vereinbarung zu Stande gebracht werden soll.

Hiernach kann es denn zunächst nur darauf ankommen, Sr. Durchlaucht dem Fürsten mit Rücksicht auf den dringenden Wunsch und das allseitige materielle Interesse der Landesbewohner, die Frage vorzulegen, ob Höchstderselbe Sich zu einer ähnlichen Vereinbarung, wie sie im Großherzogthum Oldenburg, im Fürstenthum Waldeck zu Stande gekommen und allbereits ins Leben getreten ist, und solche in beigefügtem Entwurfe proponirt wird, herbeizulassen geneigt sei.

Detmold im Juli 1849.

gez. Sch ü t z.

## Anlage 25.

### Entwurf

einer Vereinbarung zwischen Sr. Durchlaucht dem Fürsten zur Lippe und dem Landtage, über das Domanial-Vermögen.

#### §. 1.

Aus dem bisherigen Domanial-Vermögen werden Domainen zum Ertrage von 50,000 Rthlr. ausgeschieden, und für freies Privat-Eigenthum der regierenden Fürstlichen Familie erklärt. —

#### §. 2.

Der Fürst hat unter den gesammten Domainen, jedoch mit Ausnahme der Forsten und der Saline, die Wahl. Die Ermittlung des Werths derselben, geschieht durch eine Commission Sachverständiger, deren Mitglieder von beiden Seiten zu gleichen Theilen erwählt werden.

#### §. 3.

Das ermittelte Privat-Vermögen geht als ein Fideicommiß, auf den jedesmal regierenden Landesherrn über. —

#### §. 4.

Der Fürst und dessen Nachfolger begeben sich mit Ausnahme der auf Anl. A. verzeichneten Schlösser und Zubehörungen, deren Unterhaltung ihnen dann aber obliegt, so lange die Fürstliche Würde währt, der Verwaltung jener für Privat-Eigenthum erklärten Domainen, und beziehen statt dem vom Lande eine jährliche reine Revenue von: Fünf und Siebenzig Tausend Thalern, in monatlichen oder vierteljährigen, praenumerando auszufahrenden, Raten. —

#### §. 5.

§. 5.

Sodann erhält der jedesmalige Erbprinz bei seiner Vermählung eine Apanage von: Zehn Tausend Thalern jährlich außerdem.

§. 6.

Von jenem durch das Landes-Finanz-Collegium verwalteten Fürstlichen Privat-Eigenthum darf ohne Zustimmung des regierenden Fürsten Nichts veräußert oder verpfändet werden. —

Wogegen aber auch eine derartige Veräußerung von Seiten des Fürsten in seiner Eigenschaft als Staats-Oberhaupt, unzulässig und ungültig ist. —

§. 7.

Von dem Augenblicke an, wo die regierende Fürstliche Familie aufhört Oberhaupt des Staats zu sein, tritt dieselbe in den uneingeschränkten Besitz der in den §§. 1. 2 und 3 bezeichneten Domainen.

§. 8.

Die zu verwaltenden Gegenstände müssen in einem guten normalmäßigen Zustande erhalten werden. Wesentliche Veränderungen in der Substanz, besondere Anlagen oder industrielle Unternehmungen, können nur mit Zustimmung des Fürsten stattfinden, wenn bei einer im §. 7 vorgesehenen Ueberweisung die Land-Casse Ansprüche auf Vergütung für Meliorationen geltend machen will. —

§. 9.

Das gesammte übrige Domainal-Vermögen geht mit allen Rechten und Verpflichtungen, auf den Staat und dessen Verwaltung über.

§. 10.

Die Ausübung der Jagd auf demselben verbleibt ausschließlich dem regierenden Fürsten, aus dessen Schatzulle indeß die Ansprüche auf Ersatz für Wildschaden zu beseitigen sind. —

Detmold am 16. Juli 1849.

**Hausmann. Böhmer. Schütz.**

---

## Anlage 26.

### Begründung

des

von den Abgeordneten Böhmer, Hausmann und Schütz vorgelegten Entwurfs vom 16. d. M., betreffend die Vereinbarung zwischen Sr. Durchlaucht dem Fürsten zur Lippe und dem Landtag über das Domanalvermögen.

1) Das f. g. Domanium oder dasjenige Vermögen, welches bis jetzt unter der ausschließlichen Verwaltung Fürstlicher Rentcammer gestanden, hat seit unvorstelllichen Zeiten sowohl zur Bestreitung des Unterhalts der regierenden Fürstlichen Familie, als auch der Kosten der Staatsverwaltung gedient, und zwar unter Beihülfe eines von der Ritterschaft, den Städten und später der Landcasse unter dem Namen von Herren-, Kreis- und Sublevations-Gelder geleisteten Zuschusses.

2) Die gegenwärtig daneben bestehende Landcasse ist erst um die Zeit des dreißigjährigen Krieges dadurch entstanden, daß der Kaiser so wie überhaupt in Deutschland auch dem hiesigen damaligen Landesherrn gestattete, den Unterthanen eine außerordentliche Kriegssteuer, Contribution aufzuerlegen, welche dann aber auch nach Beendigung des Krieges forterhoben und so zu sagen mißbräuchlich in eine ständige Abgabe verwandelt wurde.

3) Das f. g. Domanium bildete daher ursprünglich die eigentliche und alleinige Staatscasse, aus welcher alle Landesbedürfnisse bestritten werden mußten.

Es besagt dies eines Theils schon der Name Landrentei-Casse, anderes Theils geht es daraus hervor, daß eigentliche Staatsabgaben, als Strafen, Gewerbesteuern ic. in dieselbe fließen und das gesammte Staatsdiener-Personal daraus besoldet wird.

4) Eine Untersuchung darüber, in wie weit der regierenden Familie oder dem Lande ursprünglich ein Eigenthum an diesem oder jenem Theile des Cammervermögens zugestanden, kann durchaus zu keinem Ergebnisse führen,

ren, weil zur Zeit, bis zu welcher die ältesten, geschichtlichen Urkunden hinaufreichen, nämlich im 12ten oder 13ten Jahrhunderte, die Vorfahren des jetzigen Regentenstammes, die Edlen zur Lippe, bereits Beherrscher oder Herren des Landes waren, also zu dem letzteren der Hauptsache nach ganz in dem nämlichen Verhältnisse standen, als gegenwärtig der Fall ist.

Ueber den vor dieser Zeit liegenden Zustand lassen sich nicht einmal gegründete Vermuthungen aufstellen. Es ist möglich, daß die Edlen zur Lippe von jeher ansehnliche Grundgüter besaßen und später die Landeshoheit dazu erwarben, aber eben so möglich und noch wahrscheinlicher, daß sie von vorne herein mit der Landeshoheit und in Gefolge deren mit dem Domanium, vielleicht für geleistete Kriegsdienste, von einem der Kaiser zwischen dem 8ten und 12ten Jahrhunderte belehnt wurden, zumal seit Karl dem Großen diese Art der Belehnung von Reichsländereien sehr üblich war.

5) Es läßt sich also nicht nachweisen, daß die Fürstliche Familie das im Domanium begriffene Grundgut zu irgend einer Zeit als freies Eigenthum besessen hat; vielmehr ist die Verpflichtung, die Bedürfnisse des Landes oder die Kosten der Staatsverwaltung davon zu bestreiten, fortwährend unzertrennlich damit verbunden gewesen.

Ebenso wenig läßt sich behaupten, daß der eine Titel der Einnahme der zum Domanium gehörenden Vermögensstände vorzugsweise zu Landes-, der andere zu Privat-Zwecken bestimmt sei. Eine solche Unterscheidung würde rein willkürlich und nicht zu rechtfertigen sein.

Im Gegentheil ruht die doppelte Verpflichtung auf dem Cammervermögen in seiner Gesamtheit.

6) Eine Bestimmung darüber, ein wie großer Antheil von den Aufkünften des Domaniums der Fürstlichen Familie oder dem Lande gebührt, ist gleichfalls nicht vorhanden. Das Verhältniß ist zu verschiedenen Zeiten ein verschiedenes gewesen. Im Jahre 1804 und 1805 sind pp. 37,000 Rthl. für die Hofhaltung und pp. 47,000 Rthl. für's Land verwandt, im Jahre 1846 und 1847 pp. 44,000 Rthl. für's Land und pp. 107,000 Rthl. für die Hofhaltung, die Verwendung für's Land hat sich daher um 3000 Rthl. vermindert, dagegen die für die Hofhaltung um 70,000 vergrößert.

7) In dem Testamente des Grafen Simon vom Jahre 1597, so wie in dem Erlasse Fürstlicher Regierung an die Stände vom 29sten Januar 1845 ist jedoch im Allgemeinen Seitens der Landesherrschaft anerkannt worden, daß das Domanialvermögen vorab (principaliter) für die Regierungslasten verhaftet, die Verpflichtung der Landcasse zur Unterstützung dagegen nur eine subsidiarische sei.

8) Wenn nun auch zu verschiedenen Zeiten, namentlich im Jahre 1845, von

von den Ständen so erhebliche Zuschüsse aus der Landcasse bewilligt sind, daß in Wirklichkeit von den eigentlichen Domanialeinkünften sehr wenig zu den Regierungslasten beigetragen worden, so kann dieser Umstand doch in dem ursprünglichen beiderseitigen Rechtsverhältnisse Nichts ändern, weil jene Bewilligung lediglich auf dem freien Willen der Stände beruhte, eine eigentliche Verpflichtung erst dann eintrat, wenn sich zeigte, daß die Kräfte der Cammercasse zur Erfüllung ihrer Obliegenheiten nicht ausreichten, und es ja durchaus ungewiß war, ob etwaige spätere Landstände dieselbe Ansicht über die Hülfbedürftigkeit Fürstlicher Rentcammer haben würden.

9) Eine gehörige Berücksichtigung des bisher Gesagten führt zu der Ueberzeugung, daß die Auseinandersetzung der zwischen der regierenden Familie und dem Lande in Beziehung auf das Cammer- oder Domanial-Vermögen bestehenden Gemeinschaft einzig und allein auf dem Wege des Vergleichs oder der Vereinbarung zu erreichen steht.

10) Die möglichste Berücksichtigung der Interessen beider Theile, soweit solche mit dem Wohle der Gesamtheit verträglich ist, die allgemeine Billigkeit, die Anforderungen der Zeit, und die Vorgänge in andern Staaten müssen für einen solchen Vergleich die Grundlage bilden.

11) Daß die Auseinandersetzung nicht auf ein bloß für eine bestimmte Zeit oder die Dauer gewisser Verhältnisse geltendes Arrangement, sondern auf eine endgültige Theilung der gesammten Substanz des Cammervermögens hinauslaufe, scheint vor allen Dingen erforderlich, um durch Uebertragung eines festen, freien Eigenthums die Subsistenz der fürstlichen Familie vor allen möglichen Wechselfällen der Zukunft zu sichern.

12) Was die als Eigenthum aus der Substanz des Cammervermögens zu überweisenden Gegenstände anbetrifft, so wird sich eine angemessene Anzahl der vorhandenen Domainen oder Gütercomplexe als die zur Erreichung des eben angegebenen Zweckes geeignetste Abfindung erweisen.

13) Es darf aber keineswegs der gesammte, zum Domanium gehörige, Grundbesitz, welcher vielleicht den fünften Theil des Flächeninhalts des ganzen Landes ausmacht, in den Privatbesitz eines Einzelnen übergehen, weil dadurch bei der ohnehin starken Bevölkerung in Zukunft leicht die Wohlfahrt des Landes gefährdet werden könnte.

14) Ganz besonders macht sich dieses Bedenken in Beziehung auf den Forst geltend. Derselbe umfaßt bekanntlich einen sehr bedeutenden Flächenraum und verzweigt sich in alle Theile des Landes. Viele Ortschaften sind von ihm umgeben und theilweise ganz eingeschlossen.

Er liefert nicht allein das völlig unentbehrliche Brenn- und Bau-Material, erleichtert durch die hergebrachte oder ertheilte Befugniß zum Sam-  
meln

meln von Leſeholz, Laub, Gras, Buch, Eichen und Beeren, ganz abgeſehen von der Hude- und Maſtigerechtigkeit das Fortkommen der ärmern Claſſen, ſondern verſchafft auch durch die erforderlichen Culturen und Beaufſichtigung einer großen Anzahl von Bewohnern Beſchäftigung und Unterhalt. Er darf wohl ohne Uebertreibung der Hauptreichthum und eine Lebensbedingung des Landes genannt werden.

Wenn bei den landesväterlichen Gefinnungen der jezt regierenden Familie auch nicht zu befürchten ſteht, daß die bisherigen Verhältniſſe eine nachtheilige Veränderung erleiden werden, ſo iſt doch anders Theils durchaus keine genügende Bürgſchaft dafür vorhanden, daß, im Fall etwa unſer Staat in den Stürmen der Zeit ſeine Selbſtſtändigkeit verlieren ſollte, der Forſt nicht vielleicht dereinſt in andere Hände übergehen könnte.

Wollte man in Vorausberechnung eines ſolchen Falles auch die Holzpreiſe fixiren, was übrigens auch für alle Zeiten ſeine Schwierigkeit haben möchte, ſo würde es doch dem etwaigen Privateigenthümer zur Erzielung eines größern Gewinns unbenommen ſeyn, ganze Flächen auf einmal abzutreiben, den Boden zu veräußern und dadurch ſowie durch eine mangelhafte Bewirthſchaftung, den Forſt mit der Zeit zu ruiniren, wodurch denn die Bevölkerung in die größte Noth, in die drückendſte Lage verſetzt würde. Der Privateigenthümer des Forſtes erhält gewiſſermaßen das ganze Land in ſeiner Abhängigkeit.

Wenn der Forſt, wie wohl nicht verkannt werden kann, eine Lebensbedingung für's Land iſt, ſo muß er lediglich unter Berücksichtigung des allgemeinen Interesses bewirthſchaftet werden, ſo daß er nachhaltig die Bedürfniſſe der Bewohner zu befriedigen im Stande iſt. Dies kann aber nicht anders geſchehn, als wenn er in den Beſitz und die Verwaltung des Staats übergeht.

Der Beſitz in den Händen eines Privaten iſt mit der Wohlfahrt der Geſamtheit durchaus unverträglich und jeder, dem dieſe letztere am Herzen liegt, wird jenen zu verhindern ſuchen müſſen.

15) Eine gleiche Bewandniß wie mit den Forſten hat es mit der Saline Uſten, welche das Land mit dem Salze, einem bekanntlich ebenſo unentbehrlichen Bedürfniß verſieht, und deßhalb von den als Privateigenthum auszuwählenden Grundgütern ausgeſchloſſen bleiben müßte.

16) Bei Entwerfung von Vorſchlägen für die Auseinanderſetzung iſt vor allen Dingen darauf Bedacht zu nehmen, etwaige bei der frühern Gemeinſchaft gefühlte Uebelſtände zu beſeitigen. Ein Hauptübelſtand der ſeit herigen Einrichtung lag darin, daß zwei verſchiedene Verwaltungen, die Rentcammer und die Regierung, gewiſſermaßen gleichberechtigt nebeneinander

der Bestanden, von denen die erstere ungeachtet ihrer gleichzeitigen Eigenschaft als Staatscasse doch so zu sagen vorzugsweise das Interesse der Fürstlichen Familie vertrat und ohne jegliche Controle Seitens des Landes geführt wurde; die letztere dagegen nur als eigentliches Organ der Gesamtheit oder des Staates angesehen werden konnte.

Es bedarf keiner weiteren Erwähnung, daß die sich oft widerstreitenden Interessen dieser beiden Verwaltungen zu manchen Conflicten führten, den ganzen Organismus des Staats lähmten, den nothwendigen Verbesserungen hindernd im Wege standen, und durch eine Menge dadurch hervorgerufener Inconvenienzen die Quelle von Unzufriedenheit und des Mißtrauens im Lande geworden sind.

Das Beispiel der übrigen kleinen Staaten, die Zweckmäßigkeit, die Ersparung und der Geist der Zeit erfordern, daß nur eine, der Regierung untergeordnete, der Volksvertretung verantwortliche Finanzbehörde im Lande bestehe, welche das gesammte Staatsgut einschließlich des ausgeschiedenen Fürstlichen Privatgutes verwaltet.

Für den regierenden Fürsten würde das Begeben der Verwaltung der Domainen und an deren Statt der Bezug eines reinen Einkommens aus der Landescasse im Grunde kein Opfer zu nennen sein, da er jene Domainen ohnehin nicht selbst auf eigene Rechnung bewirthschaften, sondern wie früher verwalten lassen würde; die uneingeschränkte Disposition der bisher benutzten Schlösser nebst deren Zubehörungen, so wie die Ausübung des Jagdrechts auf dem gesammten Cammergrunde ihm in früherer Weise verbleiben würde, der einzige Unterschied also nur darin bestände, daß die Gelder für die Privatschatulle anstatt aus der Cammer = jetzt aus der Landcasse erfolgen.

Andernthetils würde das Ansehn der Fürstlichen Würde insofern dadurch gehoben, als die Person des Regenten der Sphäre des Privatinteresses und der daraus herzuleitenden Beurtheilungen der Regierungshandlungen völlig entrückt wäre.

17) Um den Betrag des für die Fürstliche Familie auszuscheidenden Eigenthums zu bestimmen, wird es erforderlich sein, die nach Abzug der darauf haftenden Schulden, sonstigen Verpflichtungen und Belastungen, sowie der muthmaasslichen Ausfälle, bleibende reine Substanz des Cammervermögens festzustellen.

Zufolge der hier beigelegten, aus den vorgelegten Rechnungen formirten Uebersicht der Hauptposten über Einnahme und Ausgabe beläuft sich die Gesamtaufkunft auf die Summe von 223,306 Rthl. Hiervon würden abzusehen sein:

1) der

|                                                                                                                                                                                    |                 |
|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------|
| 1) der aus der Landcasse erfolgende Zuschuß zu                                                                                                                                     | 29,000 Rthl.    |
| 2) die Apanagen zu                                                                                                                                                                 | 26,425 „        |
| 3) die Zinsen der Schulden, welche sich augenblicklich wahrscheinlich belaufen werden auf                                                                                          | 14,000 „        |
| 4) die Unterhaltungs-Kosten für Gebäude zu pp.                                                                                                                                     | 20,000 „        |
| 5) das Einkommen von dem Salzwerke zu                                                                                                                                              | 14,000 „        |
| indem dieser Ertrag nur lediglich durch den Aufschlag des Preussischen Zolls auf das Salz erzielt wird und daher nur als eine zeitweilige Consumtionssteuer angesehen werden kann. |                 |
| 6) die Verwaltungskosten für das Cammervermögen, welche mindestens wohl angeschlagen werden können auf                                                                             | 6,000 „         |
| 7) die Auskunft für das Gewerberegal zu                                                                                                                                            | 7,000 „         |
| welche wahrscheinlich durch die Einführung einer deutschen Gewerbeordnung beseitigt würde                                                                                          |                 |
|                                                                                                                                                                                    | = 116,000 Rthl. |

mithin würden bleiben 107,306 Rthl. Dabei ist aber noch zu berücksichtigen, daß durch die Einführung der Grundrechte und die weiter nothwendig gewordene Gesetzgebung, sich die Rentgefälle, Judenschutzgelder u. dergl. bedeutend verringern werden; und demnach als reiner Bestand nur die Summe von 100,000 Rthl. angenommen werden kann, welche einem Capitalwerthe von  $2\frac{1}{2}$  Millionen Thaler gleich kommen würde. In Ermangelung irgend eines vorhandenen andern Maaßstabes würde es, wie wohl bei Vergleichen im sonstigen Leben üblich ist, im Zweifel das richtigste sein, jene Summe unter die beiden Berechtigten, die Fürstliche Familie und das Land, gleichmäßig zu theilen, wodurch sich die Ertragsquote von 50,000 Rthl. für jeden Theil herausstellen würde.

Der Fürstlichen Familie aber noch mehr zuzusprechen, als der Gesamtheit der 100,000 Unterthanen, dafür würde es an jeglichem triftigen Grunde fehlen, ja es würde dieses unbillig gegen das Land sein, wenn man erwägt, daß sich seit 1804 die Einkünfte der Landrentcasse um circa 100,000 Rthl. vermehrt haben, ohne daß die Verwendung für das Land in gleichem Verhältnisse gesteigert ist, vielmehr jener Ueberschuß, abgesehen von dem Einkaufe einiger Güter, fast lediglich von der Hofhaltung verbraucht worden;

wenn man ferner erwägt, daß seit den letzten 10 Jahren sehr beträchtliche Ablösungscapitalien einkommen, trotzdem aber die Schuldenlast vergrößert worden, —

und

und wenn man endlich erwägt, daß die nothwendig gewordene Umgestaltung vieler Staatseinrichtungen, die Ausrüstung des Contingents u., die Kräfte des Landes bei der Erwerbslosigkeit und der Armuth der niedern Volksklassen sehr in Anspruch nehmen und schwere Opfer kosten werden.

18) Jenes Einkommen von 50,000 Rthl. würde aber in der jetzigen Zeit zur Bestreitung der Fürstlichen Hofhaltung nicht ausreichend sein und ist selbiges daher der Forderung der Rentcammer annähernd auf 75 und im Falle der Vermählung des Erbprinzen auf 85,000 Rthl. festgesetzt.

19) Bei der solchergestalt in Vorschlag gebrachten Auseinandersetzung, welche sich den Vorgängen in andern deutschen Staaten, wie Oldenburg, Gotha, Dessau und Waldeck im richtigen Verhältnisse anschließt, würden das Interesse der regierenden Familie, die Fürstliche Würde, sowie auch die Wohlfahrt des Landes die gebührende Berücksichtigung gefunden haben, und dürfte die Annahme desselben wesentlich dazu beitragen, außer einer ruhigen Entwicklung des Staates das gute Einverständniß zwischen Fürst und Volk von neuem zu begründen und zu befestigen.

Detmold den 18. Jul. 1849.

F. Hausmann.

# Anlage 26 a.

| Einnahme der Landrentei.               | Von Areal. |     |      | Zehnten, Dienste und andere Gefälle. |     |      |
|----------------------------------------|------------|-----|------|--------------------------------------|-----|------|
|                                        | fl.        | gr. | sch. | fl.                                  | gr. | sch. |
| Rentgefälle                            | 20460      | —   | —    | 24920                                | —   | —    |
| von Meiereien                          | 37000      | —   | —    | 28000                                | —   | —    |
| „ Kornboden                            | —          | —   | —    | 16000                                | —   | —    |
| Richter-gefälle                        | —          | —   | —    | 200                                  | —   | —    |
| Judenschaft                            | —          | —   | —    | 800                                  | —   | —    |
| von Forsten                            | 30000      | —   | —    | —                                    | —   | —    |
| Lehnsgelder                            | —          | —   | —    | 1000                                 | —   | —    |
| Herrengelder                           | —          | —   | —    | 8559                                 | —   | —    |
| Sublevations-Gelder                    | —          | —   | —    | 12266                                | —   | —    |
| Salzwerk                               | 6000       | —   | —    | 14000                                | —   | —    |
| Sporteln                               | —          | —   | —    | 2000                                 | —   | —    |
| Alverdissen                            | 2100       | —   | —    | 1000                                 | —   | —    |
| Vermischte                             | —          | —   | —    | 10000                                | —   | —    |
| Summa                                  | 95561      | —   | —    | 118745                               | —   | —    |
| Dazu noch aus dem Gewerberegal         | —          | —   | —    | 7000                                 | —   | —    |
| Außerordentlich                        | —          | —   | —    | 2000                                 | —   | —    |
| ferner                                 | —          | —   | —    | 127746                               | —   | —    |
| Davon zahlt die Landcasse 29,000 Rthl. | —          | —   | —    | 95561                                | —   | —    |
|                                        |            |     |      | 223306                               | —   | —    |

| Ausgabe der Landrentei.                          |        |     |      |     |     |      |
|--------------------------------------------------|--------|-----|------|-----|-----|------|
|                                                  | fl.    | gr. | sch. | fl. | gr. | sch. |
| Apanagen                                         | 26425  | —   | —    |     |     |      |
| Gehalt der Civilbedienten                        | 27502  | —   | —    |     |     |      |
| Kirchen- und Schuldiener                         | 10525  | —   | —    |     |     |      |
| Pensionen                                        | 7880   | —   | —    |     |     |      |
| Baukosten                                        | 22000  | —   | —    |     |     |      |
| Diäten, Schreibmaterialien                       | 1500   | —   | —    |     |     |      |
| Zinsen                                           | 10000  | —   | —    |     |     |      |
| Abgänge und Remissionen                          | 1000   | —   | —    |     |     |      |
| Landgestüt                                       | 2000   | —   | —    |     |     |      |
| zum Wegebau                                      | 500    | —   | —    |     |     |      |
| Vermischt, Bibliothek, Straßenbeleuchtung, Brand | 2000   | —   | —    |     |     |      |
| Beiträge zu den Amtsgemeinde-Cassen              | 3000   | —   | —    |     |     |      |
| Kosten der Justizpflege                          | 10000  | —   | —    |     |     |      |
| =                                                | 124332 | —   | —    |     |     |      |
| Davon würde das Land zu übernehmen haben         | 44000  | —   | —    |     |     |      |

## Anlage 27.

### Minoritäts-Gutachten,

die Trennung des Staatshaushalts vom Hofhaushalte betreffend,  
von dem Abgeordneten J. Fhr. v. Stietencron.

---

Bei der Trennung des Staatshaushalts vom Hofhaushalte, oder bei der Auseinandersehung desjenigen Vermögens, welches dem Fürstlichen Hause als Eigenthum und davon die Revenüen zur Sustentation desselben verbleiben sollen, und derjenigen Revenüen und Einkünfte, welche dem Lande in Rücksicht der auf dem domanio ruhenden Regierungslasten zu übertragen sein würden, gehe ich von der Ueberzeugung aus, daß diese Auseinandersehung oder Trennung ein unabweisliches Bedürfniß der Zeit geworden ist.

Diese Trennung zurückzuweisen würde die größten Gefahren sowol für das Fürstliche Haus, als für das Land in unvermeidlichem Gefolge haben.

Sie ist daher von beiden Theilen mit derjenigen Bereitwilligkeit zu erstreben, welche das eigene Interesse besonnenen leidenschaftslosen Parteien vorsteckt.

In gegenwärtiger Zeit und nach Sachlage der Verhältnisse hat das Fürstliche Haus bei der Trennung den Vortheil für sich, daß es sich im Besitz von Gütern und Revenüen befindet, welche das Land nur im Wege des Vertrages erwerben kann.

Das Land hat den Vortheil für sich, daß Erfahrung und Geschichte der neueren Zeiten gelehrt haben, wie wenig Recht oder Besitzverhältnisse berücksichtigt werden, sobald das Interesse einer großen Anzahl dem Interesse Einzelner oder einer geringen Anzahl von Personen entgegen tritt.

Es ist daher ein Gebot der Klugheit, die Verhältnisse so zu ordnen, daß das gleiche Interesse einer größern Anzahl der Stützpunkt werde für die Interessen des Fürstlichen Hauses, und die Interessen des Fürstlichen Hauses wiederum der Stützpunkt werde für die Interessen einer größern Anzahl der Staats-Angehörigen; ich meine die besitzenden Classen.

Das Fürstliche Haus würde die Regeln der Klugheit und das eigene Interesse nicht beachten, wenn dasselbe sein gesamtes Eigenthum bei der vorliegenden Auseinandersehung dem Lande abtreten und dafür eine sogenannte

nannte Civilliste vereinbaren wollte, die Gefahren und Nachtheile brauchen nicht auseinandergelegt zu werden, ich will nur auf die Unsicherheit einer solchen Geldrente in Bezug auf Fortdauer und Werth hinweisen. Das Land hat ein hohes Interesse den Besitz aller sogenannten Regalien, zum Zweck angemessener Gesetzgebung und Besteuerung, imgleichen den Besitz aller derjenigen Einkünfte des Fürstlichen Hauses zu erwerben, welche durch die Ablösungs-Ordnung in ihrem Bestande ohnmöglich und in ihrer Erhaltung gefährdet sind. Den reinen Grundbesitz des Fürstlichen Hauses wird aus politischen und finanziellen Gründen das Fürstliche Haus dem Lande nicht abtreten und würden alle rechtlichen Versuche des Landes dieses zu erzielen an dem durch die Natur der Sache begründeten Widerstande des Fürstlichen Hauses scheitern. Es muß daher das Mögliche, insofern auch dieses das Interesse des Landes fördert, erstrebt werden.

Rücksichtlich des bei der Trennung zu beobachtenden Verfahrens bin ich von dem Gesichtspunkte ausgegangen, daß der Weg der auf den Landtagen von 1845 und 1847, sowie derjenige der in der diesem Landtage untergebreiteten Regierungsvorlage eingehalten ist, ein außerordentlich weitläufiger und in den zu erhaltenden Resultaten beiden Theilen nicht zusagender genannt werden muß. Ich habe daher einen modus untergelegt, der nach meiner Ansicht in so weit practischer ist, als dadurch beide Theile weitläufiger Erörterungen die Natur des domanii und die An- und Zurechnungsfähigkeit einzelner Revenüen betreffend enthoben werden, und habe dabei wie aus allen Berechnungen erhellet, angenommen, daß die Summa von 85,000 Rthlr., welche als reines Einkommen jetzt von der Regierung für das Fürstliche Haus in Anspruch genommen werden, als wirklicher Uberschuß der gesammten Cammer-Revenüen dem Fürstlichen Hause vom Lande zugestanden werden können. Diesen Betrag schlage ich vor in folgender Weise für das Fürstliche Haus auszuscheiden:

Das Fürstliche Haus behält unter später aufgeführten dem Lande zu leistenden Garantien:

1) Die zeither in Besitz habenden Schlösser, Güter, Grundstücke und Ländereien; davon werden abgetrennt alle Dienste, Zehnten, Sackfrüchte, Canons, nicht limitirte Erbpachten, und gehen alle diese im unmittelbaren Grundbesitz nicht bestehende Einkünfte in das Eigenthum des Landes über.

2) die zeither im Besitz habenden Waldungen, sie mögen Peritinenzien einzelner Güter oder unabhängige Complexe sein.

3) Da die Intraden dieses reinen Grundbesitzes nicht genügen: eine durch Rechnung unten gefundene, jährlich in  $\frac{1}{4}$ teljährigen Raten aus der Staatscasse zu zahlende Rente, als Ersatz für die dem Lande abzutretenden Ein-

Einkünfte, an Regalien, Zehnten, Kornböden, Dienste, Salzwerk, Leihcasse, Ueberschüsse etc. etc. Um die Summe dieser jährlich zu zahlenden Rente zu finden, lege ich folgende Positionen der Rechnung unter, mit dem Bemerkten, daß die Zahlen den gründlichen Untersuchungen des Herrn Abg. Schierenberg entnommen sind.

1) Lasten, welche das Fürstliche Haus ferner zu tragen und respective deren Vermehrung zu übernehmen haben würde:

|                                                                                            |               |
|--------------------------------------------------------------------------------------------|---------------|
| a) Kosten der Verwaltung des Grundbesitzes und der Erhebung der Steuern                    | 15,000 Rthlr. |
| b) Apanagen der Gräflichen Linien und der Mitglieder des Fürstlichen Hauses jetzt          | 26,425 "      |
| c) Erhaltung der Schlösser und Meierei-Gebäude, Brandcasse-Beiträge zu Kirchen und Schulen | 22,000 "      |
| d) Grundsteuer zu Staats- und Gemeinde-Cassen                                              | 5,000 "       |

2) Für das Fürstliche Haus die Hofhaltung, den Mar-  
stall, Gestüt etc.

85,000 "

NB. Davon würden ingleichen zu bestreiten sein die  
künftig anwachsenden Apanagen-Witthümer etc.

|                                       |                |
|---------------------------------------|----------------|
| 3) Die Zinsen und Abtrag der Schulden | 14,000 "       |
| Summa                                 | 167,425 Rthlr. |

Um die Summe von rund 167,000 Rthlr. zu decken sollen dem Fürstlichen Hause überwiesen und respective berechnet werden:

|                                                              |                  |
|--------------------------------------------------------------|------------------|
| a) Die Einkünfte aus unmittelbarem Grundbesitz               | 56,000 Rthlr.    |
| b) Die Einkünfte aus den Forsten und Wäldungen, berechnet zu | 35,000 "         |
| c) Eine jährliche Rente aus der Staatscasse zu               | 76,000 "         |
|                                                              | = 167,000 Rthlr. |

Sollte beliebt werden, die constituirten Apanagen und die Zinsen für die Schulden auf das Land zu übernehmen, so würde selbstredend die aus der Staatscasse dem Fürstlichen Hause zu zahlende Rente sich um 40,000 Rthl. vermindern. Ich bin jedoch von der Ansicht ausgegangen, daß die apanagierten Herrn sich an das Land nicht verweisen lassen werden, und daß die Belassung der contrahirten Schulden dem Fürstlichen Hause Veranlassung geben werde, durch sparsame Wirthschaft den Stand wieder herzustellen und dadurch nothwendige Fonds für später selbst zu tragende anderweite Apanagen niederzulegen.

Die Garantien, welche das Land sowohl in Absicht auf die Art der Verwaltung dieses bleibenden Fürstlichen Hausvermögens als in Bezug auf die Erhaltung und Conservirung der Substanzen und der Rentabilität nothwendig

wendig erfordern und demselben gegeben werden müssen, sollen hier bloß in Grundzügen angedeutet werden und, einen der Verfassung angehörenden genauen Tractat vorbehältlich, lassen sich solche etwa entsprechendst dadurch beschaffen, daß die Rentcammer dem jedesmaligen Landtage einen Rechenschafts-Bericht über die Art der Verwaltung vorzulegen hat, wobei es dem Landtage überlassen bleibt, monita über die Verwaltung der Cammer bei der Staats-Regierung zu stellen; die Forstbetriebspläne sind in gleicher Weise dem Landtage vorzulegen, Abweichungen davon zu erläutern, und bleibt dem Landtage auch hierbei im Interesse des gemeinen Wohles und der Conser- virung der Waldung ein jus monendi. Durch ein auf das gesammte Grundvermögen des Fürstlichen Hauses zu ingrossirendes öffentlich bekannt zu machendes Fideicommiß, wie imgleichen durch persönliche Verhaftung der Mitglieder der Rentcammer für contrahirte Schulden, ist die Substanz der Güter und Besitzungen zu sichern.

---

### Anlage 28. a.

Nachweisung der von Fürstlicher Landrenten = Rentei in den Jahren 1839 bis 1848 incl. contrahirten Darlehen.

|                    |  | Darunter |     |          |     | Ueberhaupt. |     |
|--------------------|--|----------|-----|----------|-----|-------------|-----|
|                    |  | Gold.    |     | Conv. M. |     |             |     |
|                    |  | apl      | fls | apl      | fls | apl         | fls |
| 1839.              |  |          |     |          |     |             |     |
| Es sind angeliehen |  | 500      | —   | —        | —   | 1000        | —   |
| 1840               |  | 500      | —   | —        | —   | 8550        | —   |
| 1841               |  | 2000     | —   | —        | —   | 60300       | —   |
| 1842               |  | 37000    | —   | —        | —   | 73650       | —   |
| 1843               |  | —        | —   | —        | —   | 39950       | —   |
| 1844               |  | 4000     | —   | —        | —   | 25250       | —   |
| 1845               |  | —        | —   | —        | —   | 1500        | —   |
| 1846               |  | —        | —   | —        | —   | 23800       | —   |
| 1847               |  | 2000     | —   | —        | —   | 10000       | —   |
| 1848               |  | 1700     | —   | —        | —   | 20950       | —   |
| Summa totalis      |  | 47700    | —   | —        | —   | 264950      | —   |

### Anlage 28 b.

Nachweisung der in den Jahren 1839 bis 1848 incl. aus Fürstlicher Landrenten abgetragenen Schulden.

|                                               |  | Darunter |                  |          |                  | Ueberhaupt. |     |   |
|-----------------------------------------------|--|----------|------------------|----------|------------------|-------------|-----|---|
|                                               |  | Gold.    |                  | Conv. M. |                  |             |     |   |
|                                               |  | apl      | fls              | apl      | fls              | apl         | fls | s |
| Aus dem Jahr 1838 sind an Schulden übertragen |  |          |                  |          |                  |             |     |   |
| 178508 Rthl. 25 Sgr. 10 Pf.                   |  |          |                  |          |                  |             |     |   |
| Davon an Zinsen verausgabt                    |  | 2048     | 11 $\frac{1}{3}$ | 3317     | 14 $\frac{2}{3}$ | 5873        | 10  | — |
| An Bestand sind übertragen                    |  |          |                  |          |                  |             |     |   |
| 52204 Rthl. 24 Sgr. 2 Pf.                     |  |          |                  |          |                  |             |     |   |
| 1839 sind abgetragen                          |  | 1000     | —                | 3900     | —                | 5900        | —   | — |
| Zur Hermanns = Vereins = Casse                |  |          |                  |          |                  |             |     |   |
| 5500 Rthl.                                    |  |          |                  |          |                  |             |     |   |
| 1840 sind abgetragen                          |  | 3500     | —                | 6300     | —                | 10800       | —   | — |
| 1841 " "                                      |  | —        | —                | 1000     | —                | 8283        | 10  | — |

Nach=

Nachweisung der in den Jahren 1839 bis 1848 incl. aus Fürstlicher Landrentei abgetragenen Schulden.

|                                                                  | Darunter |       |       |   | Ueberhaupt. |     |      |
|------------------------------------------------------------------|----------|-------|-------|---|-------------|-----|------|
|                                                                  | Gold.    | Conv. | M.    |   | fl.         | gr. | sch. |
| 1842 sind abgetragen . . .                                       | 300      | —     | —     | — | 4272        | 6   | 8    |
| 1843 " " . . .                                                   | 14000    | —     | —     | — | 45258       | 10  | —    |
| 1844 " " . . .                                                   | 18300    | —     | —     | — | 33308       | 10  | —    |
| 1845 " " . . .                                                   | —        | —     | —     | — | 17822       | 8   | —    |
| 1846 " " . . .                                                   | —        | —     | —     | — | 2198        | 18  | 4    |
| 1847 " " . . .                                                   | 3500     | —     | —     | — | 13700       | —   | —    |
| 1848 " " . . .                                                   | 1000     | —     | —     | — | 11965       | 8   | 4    |
| Summa                                                            | 41600    | —     | 11200 | — | 153508      | 11  | 4    |
| Dazu obigen Abtrag an die Her-<br>manns-Vereins-Casse . . .      | —        | —     | —     | — | 5500        | —   | —    |
| Summa totalis                                                    | 41600    | —     | 11200 | — | 159008      | 11  | 4    |
| Im Jahr 1847 sind an Schulden<br>aufgeführt 269903 R. 25 S. 7 P. |          |       |       |   |             |     |      |
| Davon sind an Zinsen verausgabt                                  | 2468     | 7½    | —     | — | 9774        | 13  | 1    |

Anlage 28 c.

Nachweisung der außerordentlichen Einnahmen Fürstlicher Landrentei für abgelösete Domainen-Gefälle und verkaufte Grundstücke seit dem Jahr 1839 bis 1848 incl.

|                                          | Darunter |    |   | Ueberhaupt. |     |      |
|------------------------------------------|----------|----|---|-------------|-----|------|
|                                          | Conv.    | M. |   | fl.         | gr. | sch. |
| 1839.                                    |          |    |   |             |     |      |
| I. Für abgelösete Domainen-Gefälle.      |          |    |   |             |     |      |
| 1 für Burgfest- und Wochendienste . . .  | —        | —  | — | 1397        | 7   | 11   |
| 2 " Extra-Dienste . . . . .              | 10       | —  | — | 763         | 10  | —    |
| 3 " Korngefälle . . . . .                | —        | —  | — | 19149       | 7   | 5    |
| 4 " sonstige Prästationen . . . . .      | 51       | 15 | — | 1248        | 12  | 8    |
|                                          | 61       | 15 | — | 22558       | 8   | —    |
| II. Für abgetretene Grundstücke in Summa | 1350     | —  | — | 1924        | 14  | 10   |
| Summa der Einnahme                       | 1411     | 15 | — | 24482       | 22  | 10   |

Fort-

| Fortsetzung.                               |                                            | Darunter<br>Convent. M. |    |     | Ueberhaupt. |    |     |
|--------------------------------------------|--------------------------------------------|-------------------------|----|-----|-------------|----|-----|
|                                            |                                            | fl                      | gr | sch | fl          | gr | sch |
| 1840.                                      |                                            |                         |    |     |             |    |     |
| I. Für abgelöste Domainen = Gefälle.       |                                            |                         |    |     |             |    |     |
| 1                                          | Für Burgfest- und Wochendienste . . . . .  | 1513                    | 7  | 6   | 9273        | 27 | —   |
| 2                                          | " Extra-Dienste . . . . .                  | 20                      | —  | —   | 241         | 2  | 7   |
| 3                                          | " Korngefälle . . . . .                    | —                       | —  | —   | 9143        | 28 | —   |
| 4                                          | " sonstige Prästanden . . . . .            | 8                       | 18 | 4   | 9430        | 6  | —   |
|                                            |                                            | 1541                    | 25 | 10  | 28088       | 3  | 7   |
| II. Für veräußerte Grundstücke und Gerech- |                                            |                         |    |     |             |    |     |
|                                            | tigkeiten . . . . .                        | 560                     | —  | —   | 1100        | 25 | 5   |
|                                            | Summa der Einnahme                         | 2101                    | 25 | 10  | 29189       | 29 | —   |
| 1841.                                      |                                            |                         |    |     |             |    |     |
| I. Für abgelöste Domainen = Gefälle.       |                                            |                         |    |     |             |    |     |
| 1                                          | Für Burgfest- und Wochendienste . . . . .  | —                       | —  | —   | 6760        | 23 | 7   |
| 2                                          | " Extradienste . . . . .                   | 60                      | —  | —   | 177         | 16 | 8   |
| 3                                          | " Korngefälle . . . . .                    | —                       | —  | —   | 4979        | —  | 2   |
| 4                                          | " sonstige Prästanden . . . . .            | 157                     | 15 | —   | 16400       | 2  | 3   |
|                                            | Darunter Gold 240 Rthl.                    | 217                     | 15 | —   | 28317       | 12 | 8   |
| II. Für veräußerte Grundstücke u.          |                                            |                         |    |     |             |    |     |
|                                            | Darunter Gold 240 Rthl.                    | —                       | —  | —   | 1589        | 18 | 9   |
|                                            | Summa der Einnahme                         | 217                     | 15 | —   | 29907       | 1  | 5   |
| 1842.                                      |                                            |                         |    |     |             |    |     |
| I. Für abgelöste Domainen = Gefälle.       |                                            |                         |    |     |             |    |     |
| 1                                          | Für Burgfest- und Wochendienste . . . . .  | —                       | —  | —   | 11873       | 23 | 7   |
| 2                                          | " Extra-Dienste . . . . .                  | —                       | —  | —   | 92          | 5  | 7   |
| 3                                          | " Korn-Prästationen . . . . .              | —                       | —  | —   | 4475        | 16 | 3   |
| 4                                          | " sonstige Prästanden . . . . .            | —                       | —  | —   | 3204        | 1  | 11  |
|                                            |                                            | —                       | —  | —   | 19645       | 17 | 4   |
| II. Für veräußerte Grundstücke u.          |                                            |                         |    |     |             |    |     |
|                                            |                                            | —                       | —  | —   | 4191        | 28 | 9   |
|                                            | Summa der Einnahme                         | —                       | —  | —   | 23837       | 16 | 1   |
| 1843.                                      |                                            |                         |    |     |             |    |     |
| I. Für abgelöste Domainen = Gefälle.       |                                            |                         |    |     |             |    |     |
| 1                                          | Für Burgfest- und Wochendienste . . . . .  | —                       | —  | —   | 10696       | 21 | 8   |
| 2                                          | " abgelöste Extra-Dienste nichts . . . . . | —                       | —  | —   | —           | —  | —   |

Fort-

| Fortsetzung.                              |                                           | Darunter    |     |     | Ueberhaupt. |     |      |
|-------------------------------------------|-------------------------------------------|-------------|-----|-----|-------------|-----|------|
|                                           |                                           | Convent. M. | fl. | gr. | fl.         | gr. | sch. |
| 3                                         | Für abgelöste Korngefälle . . . . .       | —           | —   | —   | 13592       | 18  | —    |
| 4                                         | " " sonstige Prästanden . . . . .         | —           | —   | —   | 11805       | 18  | 9    |
|                                           |                                           | —           | —   | —   | 36094       | 28  | 5    |
| II. Für veräußerte Grundstücke . . . . .  |                                           | —           | —   | —   | 1094        | 2   | 1    |
| Summa der Einnahme 1844.                  |                                           | —           | —   | —   | 37189       | —   | 6    |
| I. Für abgelöste Domainen = Gefälle.      |                                           |             |     |     |             |     |      |
| 1                                         | Für Burgfest- und Wochendienste . . . . . | —           | —   | —   | 9464        | 15  | 8    |
| 2                                         | " Extra = Dienste . . . . .               | —           | —   | —   | 420         | 15  | —    |
| 3                                         | " Korngefälle . . . . .                   | —           | —   | —   | 49032       | 25  | —    |
| 4                                         | " sonstige Prästanden . . . . .           | —           | —   | —   | 2407        | 16  | 11   |
|                                           |                                           | —           | —   | —   | 61325       | 12  | 7    |
| II. Für veräußerte Grundstücke u. . . . . |                                           | —           | —   | —   | 1345        | 27  | 1    |
| Summa der Einnahme 1845.                  |                                           | —           | —   | —   | 62671       | 9   | 8    |
| I. Für abgelöste Domainen = Gefälle.      |                                           |             |     |     |             |     |      |
| 1                                         | Für Burgfest- und Wochendienste . . . . . | —           | —   | —   | 8650        | 11  | 5    |
| 2                                         | " Extra = Dienste . . . . .               | —           | —   | —   | 118         | 22  | 6    |
| 3                                         | " Korngefälle . . . . .                   | —           | —   | —   | 16091       | 5   | 2    |
| 4                                         | " sonstige Gefälle . . . . .              | —           | —   | —   | 2301        | 20  | 4    |
|                                           |                                           | —           | —   | —   | 27161       | 29  | 5    |
| II. Für veräußerte Grundstücke . . . . .  |                                           | —           | —   | —   | 2001        | 25  | 8    |
| Summa der Einnahme 1846.                  |                                           | —           | —   | —   | 29163       | 25  | 1    |
| I. Für abgelöste Domainen = Gefälle.      |                                           |             |     |     |             |     |      |
| 1                                         | Für Burgfest- und Wochendienste . . . . . | —           | —   | —   | 4337        | 20  | 9    |
| 2                                         | " Extra = Dienste nichts . . . . .        | —           | —   | —   | —           | —   | —    |
| 3                                         | " Korngefälle . . . . .                   | —           | —   | —   | 13832       | 24  | 6    |
| 4                                         | " sonstige Prästanden . . . . .           | —           | —   | —   | 7777        | 22  | 11   |
|                                           |                                           | —           | —   | —   | 25948       | 8   | 2    |
| II. Für veräußerte Grundstücke . . . . .  |                                           | —           | —   | —   | 1783        | 7   | 11   |
| Summa der Einnahme 1847.                  |                                           | —           | —   | —   | 27731       | 16  | 1    |
| I. Für abgelöste Domainen = Gefälle.      |                                           |             |     |     |             |     |      |
| 1                                         | Für Burgfest- und Wochendienste . . . . . | —           | —   | —   | 3502        | 28  | 9    |

Fort=

| Fortsetzung. |                                   |   |   | Darunter<br>Convent. M. |    |     | Ueberhaupt. |    |     |
|--------------|-----------------------------------|---|---|-------------------------|----|-----|-------------|----|-----|
|              |                                   |   |   | fl                      | gr | sch | fl          | gr | sch |
| 2            | Für abgelöste Extra-Dienste       | . | . | —                       | —  | —   | 12          | 15 | —   |
| 3            | " " Korngefälle                   | . | . | —                       | —  | —   | 286         | 87 | 10  |
| 4            | " sonstige Prästanden             | . | . | —                       | —  | —   | 199         | 4  | 1   |
|              |                                   |   |   | —                       | —  | —   | 341         | 96 | 23  |
|              | II. Für veräußerte Grundstücke u. | . | . | —                       | —  | —   | 51          | 33 | 28  |
|              | Summa der Einnahme 1848.          |   |   | —                       | —  | —   | 393         | 30 | 22  |
| 1            | Für abgelöste Dienste             | . | . | —                       | —  | —   | 47          | 54 | 21  |
| 2            | " sonstige Prästanden u.          | . | . | —                       | —  | —   | 66          | 78 | 12  |
| 3            | " veräußerte Grundstücke          | . | . | —                       | —  | —   | 16          | 56 | 16  |
|              | Summa der Einnahme                |   |   | —                       | —  | —   | 130         | 89 | 19  |

| Recapitulatio. |               |             |   | Darunter |             |      | Ueberhaupt. |     |      |
|----------------|---------------|-------------|---|----------|-------------|------|-------------|-----|------|
|                |               |             |   | Gold.    | Convent. M. |      | fl          | gr  | sch  |
| 1839           | sind          | eingekommen | . | —        | —           | 141  | 11          | 15  | 244  |
| 1840           | "             | "           | . | —        | —           | 210  | 1           | 25  | 291  |
| 1841           | "             | "           | . | 240      | —           | 217  | 15          | —   | 299  |
| 1842           | "             | "           | . | —        | —           | —    | —           | —   | 238  |
| 1843           | "             | "           | . | —        | —           | —    | —           | —   | 371  |
| 1844           | "             | "           | . | —        | —           | —    | —           | —   | 626  |
| 1845           | "             | "           | . | —        | —           | —    | —           | —   | 291  |
| 1846           | "             | "           | . | —        | —           | —    | —           | —   | 277  |
| 1847           | "             | "           | . | —        | —           | —    | —           | —   | 393  |
| 1848           | "             | "           | . | —        | —           | —    | —           | —   | 130  |
|                | Summa totalis |             |   | 240      | —           | 3730 | 25          | 5/8 | 3165 |

Anlage 28 d.

Nachweisung der Ausgaben Fürstlicher Land-Rentei für acquirirte Grundstücke, abgelöste Deputate und abgelöste Zehnten, und sonstige Acquisitionen; in den Jahren 1839 bis 1848 incl.

|                                      |                                                          | Darunter<br>Gold. |                                | Ueberhaupt. |    |    |
|--------------------------------------|----------------------------------------------------------|-------------------|--------------------------------|-------------|----|----|
|                                      |                                                          | fl.               | g.                             | fl.         | g. | z. |
| 1839.                                |                                                          |                   |                                |             |    |    |
| 1                                    | Für acquirirte Grundstücke . . . . .                     | —                 | —                              | 745         | —  | —  |
| 2                                    | = abgelöste Deputate . . . . .                           | —                 | —                              | 1834        | 27 | —  |
| 3                                    | = abgelöste Zehnten und sonstige Acquisitionen . . . . . | —                 | —                              | 112         | 18 | 10 |
| Summa der Ausgabe                    |                                                          | —                 | —                              | 2692        | 15 | 10 |
| 1840.                                |                                                          |                   |                                |             |    |    |
| 1                                    | Für angekaufte Grundstücke . . . . .                     | 7852              | —                              | 17066       | —  | —  |
| Darunter Cons. M. 1637 Rthl. 10 Sgr. |                                                          |                   |                                |             |    |    |
| 2                                    | Für abgelöste Deputate . . . . .                         | —                 | —                              | 9654        | 16 | 4  |
| 3                                    | = " Zehnten und sonstige Acquisitionen . . . . .         | —                 | —                              | 9685        | 25 | —  |
| Summa der Ausgabe                    |                                                          | 7852              | —                              | 36406       | 11 | 6  |
| 1841.                                |                                                          |                   |                                |             |    |    |
| 1                                    | Für angekaufte Grundgüter . . . . .                      | —                 | —                              | 37585       | 23 | 10 |
| 2                                    | = abgelöste Deputate . . . . .                           | —                 | —                              | 215         | 16 | 4  |
| 3                                    | = " Zehnten u. . . . .                                   | —                 | —                              | 548         | 2  | 4  |
| Summa der Ausgabe                    |                                                          | —                 | —                              | 38349       | 12 | 6  |
| 1842.                                |                                                          |                   |                                |             |    |    |
| 1                                    | Für angekaufte Grundgüter . . . . .                      | 50876             | 16 <sup>2</sup> / <sub>3</sub> | 81755       | 14 | 7  |
| 2                                    | = abgelöste Deputate nichts                              | —                 | —                              | —           | —  | —  |
| 3                                    | = " Zehnten u. . . . .                                   | —                 | —                              | 554         | 18 | 4  |
| Summa der Ausgabe                    |                                                          | 50876             | 16 <sup>2</sup> / <sub>3</sub> | 82310       | 2  | 11 |
| 1843.                                |                                                          |                   |                                |             |    |    |
| 1                                    | Für angekaufte Grundgüter . . . . .                      | 400               | —                              | 1750        | 29 | 6  |
| 2                                    | = abgelöste Deputate . . . . .                           | —                 | —                              | 180         | —  | —  |
| 3                                    | = " Zehnten u. . . . .                                   | —                 | —                              | 715         | 18 | 10 |
| Summa der Ausgabe                    |                                                          | 400               | —                              | 2646        | 18 | 4  |

Fort-

| Fortsetzung.                        |                              | Darunter |   |             |   | Ueberhaupt. |    |    |
|-------------------------------------|------------------------------|----------|---|-------------|---|-------------|----|----|
|                                     |                              | Gold.    |   | Convent. M. |   | fl          |    | S. |
| 1844.                               |                              |          |   |             |   |             |    |    |
| 1                                   | Für angekaufte Grundstücke . | —        | — | —           | — | 51308       | 18 | 11 |
| 2                                   | = abgelöste Deputate . .     | —        | — | —           | — | 1150        | 15 | 4  |
| 3                                   | = " Zehnten u. .             | —        | — | —           | — | 541         | 22 | 1  |
| Summa der Ausgabe                   |                              | —        | — | —           | — | 53000       | 26 | 4  |
| 1845.                               |                              |          |   |             |   |             |    |    |
| 1                                   | Für angekaufte Grundstücke . | —        | — | —           | — | 12591       | 19 | 9  |
| 2                                   | = abgelöste Deputate . .     | —        | — | —           | — | 1762        | 12 | —  |
| 3                                   | = " Zehnten u. nichts        | —        | — | —           | — | —           | —  | —  |
| Summa der Ausgabe                   |                              | —        | — | —           | — | 14354       | 1  | 9  |
| 1846.                               |                              |          |   |             |   |             |    |    |
| 1                                   | Für angekaufte Grundgüter .  | 25       | — | —           | — | 12003       | 8  | 1  |
| 2                                   | = abgelöste Deputate . .     | —        | — | —           | — | 1192        | 10 | 5  |
| 3                                   | = " Zehnten u. .             | —        | — | —           | — | 86          | —  | —  |
| Summa der Ausgabe                   |                              | 25       | — | —           | — | 13281       | 18 | 6  |
| 1847.                               |                              |          |   |             |   |             |    |    |
| 1                                   | Für angekaufte Grundstücke . | 480      | — | —           | — | 22950       | 24 | 1  |
| 2                                   | = abgelöste Deputate . .     | —        | — | —           | — | 200         | —  | —  |
| 3                                   | = " Zehnten u. nichts        | —        | — | —           | — | —           | —  | —  |
| Summa der Ausgabe                   |                              | 480      | — | —           | — | 23150       | 24 | 1  |
| 1848.                               |                              |          |   |             |   |             |    |    |
| Kant mitgetheilten Verzeichnisses . |                              | —        | — | —           | — | 5438        | —  | —  |

| Recapitulatio. |                     | Darunter |                              |             |   | Ueberhaupt. |    |    |
|----------------|---------------------|----------|------------------------------|-------------|---|-------------|----|----|
|                |                     | Gold.    |                              | Convent. M. |   | fl          |    | S. |
| 1839           | sind verausgabt . . | —        | —                            | —           | — | 2692        | 15 | 10 |
| 1840           | " " . .             | 7852     | —                            | —           | — | 36406       | 11 | 6  |
| 1841           | " " . .             | —        | —                            | —           | — | 38349       | 12 | 6  |
| 1842           | " " . .             | 50876    | 16 <sup>2</sup> <sub>3</sub> | —           | — | 82310       | 2  | 11 |
| 1843           | " " . .             | 400      | —                            | —           | — | 2646        | 18 | 4  |
| 1844           | " " . .             | —        | —                            | —           | — | 53000       | 26 | 4  |
| 1845           | " " . .             | —        | —                            | —           | — | 14354       | 1  | 9  |
| 1846           | " " . .             | 25       | —                            | —           | — | 13281       | 18 | 6  |
| 1847           | " " . .             | 480      | —                            | —           | — | 23150       | 24 | 1  |
| 1848           | " " . .             | —        | —                            | —           | — | 5438        | —  | —  |
| Summa          |                     | 59633    | 16 <sup>2</sup> <sub>3</sub> | —           | — | 271630      | 11 | 9  |



## Anlage 29.

### Motivirtes Votum,

die Trennung des Staats- vom Domanielhaushalte betreffend,  
vorgetragen vom Abgeordneten Schierenberg in der Sitzung des Ausschusses am 17ten Juli 1849.

„Es beruht auf hiesiger alten Verfassung, daß der hohe Landesherr aus seiner Cammercasse nicht nur die Kosten der Hofhaltung sondern auch die Lasten der Landesverwaltung trägt, daß aber das Land Höchstdemselben dabei nach Bedürfnis zu Hülfe kommen muß,“ heißt es in einem Erlasse Fürstl. Cammer an die Regierung vom 9. Sept. 1842, wie dies in den Landtagsverhandlungen von 1843 S. 57 näher nachzulesen ist, während Fürstl. Regierung in dem Erlasse vom 29. Jan. 1845 es ebenfalls ausspricht, daß die Cammer principaliter verpflichtet sei, die Regierungslasten zu tragen, während die Landcasse nur (subsidiarisch) zur Aushülfe verpflichtet sei. Da also die Verpflichtung selbst nicht, sondern nur ihre Ausdehnung zweifelhaft sein kann, so wird eben zu ermitteln sein, in wie weit der Cammer die Verpflichtung obliege, die Kosten der Landesverwaltung zu tragen. In dieser Beziehung hat man die Behauptung aufgestellt (wie dies namentlich in dem mitgetheilten Schriftchen „Ueber die Fürstlich Lippischen Domainen etc.“ geschehen), es seien nur diejenigen Cammer-Einkünfte, welche Klostermeier Einkünfte des Landesherrlichen Fiscus nennt, zur Bestreitung der Regierungslasten bestimmt, also die aus den Hoheitsrechten des Regenten herfließenden Einkünfte, der Ertrag der Zölle, der Gerichtsbarkeit, der Concessionsgelder von den Gewerben u. s. w.; indeß scheint diese Behauptung in den früheren lippischen Verhältnissen durchaus ihre Begründung

ding nicht zu finden, indem früher eine solche Trennung der Cammereinnahmen nie Statt gefunden hat, vielmehr aus dem Simonischen Testamente gerade im Gegentheil hervorgeht, daß eben die Meiereien und sonstigen Gefälle bestimmt sein sollten, den Regenten in den Stand zu setzen „die Last und Bürde des Regiments und was dem zugehörig, besser tragen und ausrichten zu können,“ wie es dort heißt. In dieser Beziehung wird ferner zu berücksichtigen sein, wie seit den ältesten Zeiten das Cassewesen hiesigen Landes so mit einander verschmolzen gewesen ist, daß sich auch nicht annähernd bestimmen läßt, was man in frühern Zeiten als zum ausschließlichen Privatvermögen des Fürsten gehörig betrachtet habe, wie man vielmehr aus der völligen Verschmelzung der Einkünfte aus dem Domanalvermögen mit den Landeseinkünften scheint schließen zu müssen, daß die Fürstl. Familie, seit sie die Landeshoheit erworben, ihre Besitzungen als reines Privatvermögen zu betrachten aufgehört habe, ja daß sie eben durch ein solches Verhalten vielleicht die Landeshoheit erworben habe. Indes sind dies immer nur Vermuthungen, wofür der Beweis nicht mehr geführt werden kann. Dagegen dürfte der Beweis leichter sein, daß die späteren Erwerbungen, wodurch das Domanalvermögen nicht unbedeutend vermehrt wurde, theilweise auf Kosten des Landes gemacht sind, wie denn z. B. im Jahre 1607 durch Tausch der Büchenberg bei Veldrom und ein Theil der Schiederschen und Schwalenberger Forsten von Paderborn erworben wurde, wogegen Lippe an Paderborn seine Jurisdictionenrechte in Steinheim und dessen Umgegend nebst allen Nutzungen abtrat. Gegen Abtretung von Hoheitsrechten wurde hier also eine Vergrößerung des Domanalbesitzes erzielt.

In so fern aber in neueren oder auch älteren Zeiten der Domanalbesitz durch Ankauf vermehrt worden ist, so läßt sich aus dem Umstande, daß die dazu erforderlichen Gelder aus der Cammercasse entnommen worden, noch nicht der Beweis führen, daß nun eben jene Erwerbungen in den Privatbesitz des Fürstl. Hauses übergegangen seien, da ja die Cammercasse nicht die Privataasse des Fürsten, sondern nur eine Landescasse, und zwar die hauptsächlichste Landescasse war und sich nachweisen läßt, daß seit einer langen Reihe von Jahren die Einkünfte des landesherrlichen Fiscus und die directen Zuschüsse des Landes mehr betragen haben als die Cammercasse zu den Landesverwaltungskosten verwandt hat. Ich will in dieser Beziehung nur kurz auf die dem Landtage gemachte Vorlage verweisen, wo die dem Lande zu überweisenden Einnahmen auf pptr. 48,800 Rthl., die vom Lande zu übernehmenden sämtlichen Kosten der Staatsverwaltung selbst, in so weit sie bisher aus der Landrenteicasse bestritten worden, aber nur auf 43,800 Rthl. berechnet sind, während der ersteren Summe noch verschiedene Einnahmeposten zuwachsen dürften, welche  
als

als Steuern zu den Einkünften des landesherrlichen Fiscus gerechnet werden müssen, namentlich die unter den Rentgefällen begriffenen Jahresschätze und die im Ertrage der Saline steckende Salzsteuer, beide im Gesamtbetrage von etwa 20,000 Rthl., so daß das Domanialvermögen selbst also, anstatt zu den Kosten der Landesverwaltung beizutragen, nur vermöge der vom Lande gelieferten Ueberschüsse sich zu vermehren im Stande war. Gene Ueberschüsse belaufen sich diesem Nachweis zufolge auf 20 bis 25,000 Rthl.

Nach diesem vorläufigen Blicke auf die Natur des Domanialvermögens, woraus hinlänglich erhellen wird, daß eine weitere Untersuchung über das Eigenthum desselben weitaussehende und wenig Erfolg versprechende Arbeiten voraussetzt, wende ich mich zu der Rechnung selbst, um durch Zahlen fest zu stellen, welchen jährlichen Reinertrag das Domanialvermögen gewährt hat.

In der von Fürstl. Regierung vorgelegten Proposition findet sich in Anl. 3 Seite 33 eine Zusammenstellung derjenigen Einnahmeposten, welche, als Einkünfte des reinen Domanialvermögens, der Fürstl. Cammercasse verbleiben sollen, im Gesamtbetrage von 183,833 Rthl. und dürften die einzelnen Positionen dieser Berechnung selbst zunächst einer näheren Prüfung zu unterziehen sein.

I. Rentgefälle, berechnet zu 45,383 Rthl. Unter diesem Titel wurden früher auch die Concessionsgelder von Gewerben berechnet, welche nunmehr dem Lande überwiesen werden sollen und auf circa 7,000 Rthl. angeschlagen sind. Es betrugen die unter diesem Titel gehobenen Einnahmen der Cammer also gegen 52,000 Rthl., während sie in der Landrenteirechnung nur mit 42,000 Rthl. sich berechnet finden, was sich dadurch erklärt, daß aus den einzelnen Rentrechnungen gegen 10,000 Rthl. für Gehalte der Beamten u. s. w. direct verausgabt wurden, so daß nach Abzug derselben also nur 42,000 Rthl. zur Berechnung kommen konnten. Von der hier berechneten Summe zu 45,000 Rthl. dürfte indeß die letzte Position, nämlich die unter № 8 berechneten Jahresschätze zu 4731 Rthl. auszuscheiden sein: welche als eine Steuer zu betrachten sind und deshalb nicht unter die eigentlichen Domanialeinkünfte sondern zu den Einnahmen zu rechnen sind, welche als dem landesherrlichen Fiscus angehörig bezeichnet sind. Die übrig bleibenden 40,600 Rthl. bestehen zur Hälfte in eigentlicher Grundrente, in Zeit- und Erbpachtgeldern von vereinzeltten Grundstücken, von Mühlen und Krügen; die andere Hälfte besteht aus Diensten und anderen Gefällen.

II. In Betreff der Meiereien habe ich bereits nachgewiesen, daß, wenn die eingehenden Pachtgelder in so fern gesondert werden, als sie

1) in eigentlicher Pacht von den Grundstücken selbst bestehen, diese etwa 36,000 Rthl. betragen mag, während

1 \*

2) die

2) die Einkünfte von Diensten, Zehnten und sonstigen mit den Meiereien verbundenen Gefällen gegen 29,000 Rthl. betragen.

III. Die Einkünfte der Kornböden sind hier nach den gegenwärtigen niedrigen Kornpreisen berechnet mit 14,000 Rthl., während sie in anderen Jahren 20,000 und selbst 24,000 Rthl. betragen haben, so daß hier ein Durchschnitt von 18,000 Rthl. nicht zu hoch erscheinen dürfte.

Zu IV. Ueberschuß der Richterrechnungen zu 200 Rthl. dürfte nichts zu erinnern sein.

V. Die Einnahme aus den Forsten ist zu 30,000 Rthl. zu niedrig angeschlagen, indem der von mir aufgestellte Auszug aus der Forstrechnung pro 1847 ergibt, daß die Ausgaben für Jagd und Fischerei aus der Forstrechnung bestritten werden, zugleich auch das für die Zwecke der Domainialverwaltung erforderliche Brenn- und Nutzholz frei verabsolgt wird. Mindestens würde unter Berücksichtigung dieser Verhältnisse der Reinertrag der Forsten auf 35,000 Rthl. angeschlagen werden müssen.

VI. An Lehnsgeldern, veranschlagt zu 1000 Rthl., wie zu IV.

VII. Die Einnahme vom Salzwerke, welche hier auf 21,500 Rthl. berechnet ist, dürfte sich auf den dritten oder vierten Theil reduciren, wenn das, was davon dem Lande gehört, nämlich die Salzsteuer, davon getrennt und dem Lande zurückgegeben wird. Nach der bereits aufgestellten Uebersicht der Salzwerksrechnung würden sich die Einkünfte desselben auf nichts reduciren, wenn sämtliches Salz zu dem Preise abgegeben würde, wozu Preußen dasjenige Quantum übernimmt, welches in Asten über den Bedarf unseres Landes fabricirt wird. Da indeß den eingezogenen Erkundigungen nach nicht angenommen werden kann, daß der Salzbedarf des hiesigen Landes zu jenem Preise zu beschaffen sei, auch wenn der Salzhandel völlig frei gegeben würde, daß vielmehr die größere Entfernung anderer Salinen und die durch den weiteren Transport bedingte Vertheuerung dem Fabricate der hiesigen Saline einen wesentlich höheren Marktpreis sichern würde, der etwa um 20 % jenen von Preußen gezahlten Preis übersteigen dürfte, so ergibt sich, daß die Salzsteuer, welche jetzt in dem Ertrage der Saline mit begriffen ist, auf etwa 14,000 Rthl. anzuschlagen ist.

Zu den Positionen VIII. bis XI., die Einkünfte von den Domainen im Amte Alverdisen, die außerordentlichen und vermischten Einnahmen, so wie die Cammersporteln betreffend, finde ich keine erhebliche Bemerkungen zu machen.

Aus den vorstehenden Bemerkungen ergibt sich, daß meiner Ansicht nach von denjenigen Einnahmen, welche die Regierungsproposition für die Cammerrechnung in Anspruch nimmt, die Salzsteuer und die Jahresschätze  
der

der Rentrechnungen im Gesamtbetrage von etwa 20,000 Rthl. in Abzug zu bringen sind, daß also der Brutto-Ertrag des Domonialvermögens etwa 163,000 Rthl. betragen mag.

Um nun den Reinertrag zu ermitteln, würde es nöthig sein, die nothwendigen Ausgaben festzustellen und zwar

- 1) die darauf ruhenden Lasten,
- 2) die nothwendigen Verwaltungs- und Unterhaltungskosten.

Unter die erste Rubrik gehören

- 1) die Apanagen im Betrage von . . . . . 26,425 Rthl.  
(davon erhalten die erbherrlichen Linien gegen 21,000 Rthl. in Folge früherer Verträge, wonach sie die sonst in ihrem Besitze gewesenen Domonialgüter abgetreten haben. Den Rest von 5,400 Rthl. bezieht der Bruder des Fürsten, Prinz Friedrich.)
- 2) die Zinsen im Betrage von circa . . . . . 14,000 "
- 3) die künftig zu zahlende Contribution mit . . . . . 5,000 "

45,425 Rthl.

Was nun die Verwaltungs- und Unterhaltungskosten betrifft, so wird vor der Hand der gegenwärtige Zustand und das wirkliche Verhältniß zu Grunde zu legen sein, wenn sich dabei auch nicht verkennen läßt, daß in dieser Beziehung bedeutende Ersparungen sich noch werden bewerkstelligen lassen, wenn die Verwaltung auf das Nothwendige und Zweckmäßige zurückgeführt und möglichst vereinfacht wird, und namentlich überflüssige Stellen und Aemter nicht mehr geschaffen werden. Demnach mag zunächst die Proposition der Regierung auch hier maßgebend sein und lege ich daher die in Anlage 4 S. 50 angegebenen Sätze meiner Berechnung vorläufig zu Grunde, indem ich diejenigen Posten, welche nicht hierher zu gehören scheinen, weglasse. Danach ergeben sich folgende Verwaltungs- und Unterhaltungskosten:

- 1) Gehalte der Hebungsbeamten etc. . . . . 3,949 Rthl.
- 2) Gehalte . . . . . 11,152 "
- 3) Pensionen . . . . . 3,486 "
- 4) Bau- und Besserungskosten . . . . . 20,000 "

38,587 Rthl.

Dazu die Lasten sub № I. . . . . 45,425 "

84,012 Rthl.

Werden diese Ausgaben, welche auf dem Domonialvermögen lasten, von dem oben ermittelten Brutto-Ertrage zu 163,000 Rthl. in Abzug gebracht

bracht, so ergibt sich ein jährlicher Reinertrag von 79,000 Rthl., der zu 4 % capitalisirt ein Vermögen von beinahe 2 Millionen repräsentirt.

Nehmen wir an, daß an den Kosten der Verwaltung und Unterhaltung 10,000 Rthl. erspart werden können, daß aber der durchschnittliche Ertrag der Forsten und Kornböden um 10,000 Rthl. zu niedrig angeschlagen ist, so vermehrt sich dadurch der Reinertrag auf 99,000 Rthl. und repräsentirt nach dem oben angenommenen Maßstabe ein Capital von etwa  $2\frac{1}{2}$  Millionen.

Aus Vorstehendem ergibt sich, daß der Netto-Ertrag des gesammten Domanalvermögens unter günstigen Verhältnissen, d. h. bei Sparsamkeit in der Verwaltung und hohen Kornpreisen: 100,000 Rthl., unter ungünstigeren Verhältnissen aber nur etwa 80,000 Rthl. jährlich beträgt. In den letzten Jahren, von denen die Rechnung vorgelegen hat, (1845 — 1847), mag sich der durchschnittliche Ertrag auf etwa 90,000 Rthl. belaufen. In diesen Jahren sind aber nach Ausweis der Landrenterechnungen für Hofhaltung, Marstall und Sennergestüt durchschnittlich gegen 130,000 Rthl. verwandt, so daß die desfallsigen Ausgaben den Reinertrag des sämmtlichen Domanalvermögens um etwa 40,000 Rthl. jährlich oder fast um die Hälfte überstiegen haben. Dieser Mehraufwand ist theils durch die bisher in die Landrentei geflossenen Landeseinkünfte, theils durch neue Anleihen gedeckt, oder es sind, — was mit dem letzteren Falle gleichbedeutend ist — die eingegangenen Ablösungscapitalien dazu verwandt. Es liegt auf der Hand, daß ein solcher abnormer Zustand auf die Dauer nicht bestehen konnte, und das von Jahr zu Jahr immer mehr hervortretende Mißverhältniß zwischen Einnahme und Ausgabe, das durch den Schleier der Heimlichkeit, der diese Angelegenheiten verdeckte, nicht ganz mehr verhüllt werden konnte, rief den allgemeinen und dringenden Wunsch im ganzen Lande hervor, die Verwaltung des Domanalvermögens von der des Staats zu trennen. Die an mehreren Landtagen deshalb geführten Verhandlungen dürfen hier als bekannt vorausgesetzt werden, wie auch die Verhältnisse, unter denen sie 1847 von Seiten der Regierung gänzlich abgebrochen wurden.

Wenn jetzt unter ganz veränderten Zeitverhältnissen diese Frage wieder aufgenommen wird, so dürfte sie auf anderer Grundlage zu lösen sein, als man vor einigen Jahren beabsichtigen konnte. Damals war nur von einer billigen Ausgleichung, von einer Auseinandersetzung der Land- und Landrentei-Casse die Rede, welche man allein dadurch zu bewerkstelligen suchte, daß man die Landcasse von denjenigen Zuschüssen entband, welche sie bisher an die Landrentei geleistet hatte, um ihr dagegen alle Ausgaben für die Land-

Landesverwaltung zu überweisen, während man gegenwärtig das alte Verhältniß wird zu Grunde legen müssen, wornach die Kosten der Landesverwaltung zunächst auf dem Domanalvermögen haften. Die Frage, in wie weit das Domanalvermögen Privateigenthum der Fürstlichen Familie sei und in wie weit das Land seine Eigenthumsansprüche geltend machen könne, wird dabei, der verwickelten Verhältnisse wegen, nicht zu untersuchen sein, vielmehr wird es am zweckmäßigsten sein, die Sache auf dem Wege des Vergleichs zu lösen und dabei die bisherigen Verhältnisse im Ganzen zu Grunde zu legen, ohne gar zu genau zu untersuchen, ob diese oder jene frühere Einnahme der Landrentei auf völlig genügendem Rechtstitel beruhe, um so mehr da jetzt hier nur das Domanalvermögen im engeren Sinne in Betracht kommt, die sonstigen Einnahmen der Landrentei dem Lande ohnedem schon überwiesen werden sollen.

Es wird sich daher hier um 2 Fragen handeln,

1) welche Summe für den Fürsten zur Bestreitung der Kosten seiner Hofhaltung erforderlich und festzusetzen sei;

2) wie es für die Folge mit der Verwaltung des Domanalvermögens gehalten werden solle.

Was den ersten Punkt, die Kosten der Hofhaltung betrifft, so ist bereits oben nachgewiesen, daß diese in den letzten Jahren gegen 130,000 Rthl. betragen haben, während der Reinertrag des gesammten Domanalvermögens im Mittel nur auf 90,000 Rthl. veranschlagt werden kann, und in Folge der fortschreitenden Ablösungen eher eine Verminderung als Vermehrung dieses Ertrages in Aussicht steht.

In der Vorlage der Regierung ist für die Kosten der Fürstlichen Hofhaltung eine Summe ausgeworfen, welche den Reinertrag des sämmtlichen Domanalvermögens völlig absorbirt, das alte Verhältniß, wonach das Domanalvermögen die Kosten der Landesverwaltung mit zu tragen hat, würde also auf diese Weise nicht wieder hergestellt werden können. Wenn aber das Land auf den Mitgenuß der Einkünfte des Domanalvermögens verzichtet, so wird es um so mehr Anspruch darauf machen können, daß die vollständigsten Garantien gegeben werden, sowohl für die ungeschmälerte Erhaltung des Besizes als auch für eine solche Verwaltung desselben, wobei das Wohl des Landes und seiner Einwohner möglichst berücksichtigt wird. Demnach würde die Fürstliche Rentcammer aufhören müssen eine Landesbehörde zu sein, die von ihr abhängigen Verwaltungszweige und Anstalten würden an das Land übergehen müssen, und sie würde auch die Verwaltung des Domanalvermögens selbst unter die Mitaufsicht des Landes stellen oder ganz auf dasselbe übertragen müssen.

Zu

Zu denjenigen Zweigen der Verwaltung, welche ganz auf das Land übergehen müssen, rechne ich:

1) Die Saline, indem das bisher bestandene Verhältniß, wonach die vom Lande aufgebraachte Salzsteuer in die Landrentencasse fällt, selbstredend aufhören muß; die Salzfabrication an sich aber nur einen verhältnißmäßig geringen Theil der Einkünfte vom Salzwerk abwirft, bei Freigebung der Concurrenz aber vielleicht nur wenig oder nichts mehr eintragen würde.

2) Die Aufkünfte der Kornböden. Da diese Gefälle ablösbar sind, mit der Zeit also aufhören oder doch sich bedeutend verringern werden, das Land aber ein besonderes Interesse dabei hat, daß die dafür aufkommenden Capitalien erhalten und sicher gestellt werden, sich daher doch immer eine besondere Controle darüber vorbehalten müßte, so erscheint es angemessener, die Verwaltung derselben von vornherein dem Lande zu überweisen, um so mehr, da dann der Landesherr nicht in die unpassende Lage versetzt werden kann, mit seinen Unterthanen um einiger Thaler willen Prozesse zu führen.

3) und 4) Auf ähnliche Weise verhält es sich mit denjenigen ablösbaren Gefällen, welche unter den Einkünften der Meiereien und Rentgefälle begriffen sind, also alle Dienste, Zehnten, Viehabgaben und sonstige gutherrliche Gefälle, sie würden sämmtlich in die Landesverwaltung übergehen müssen.

Dagegen würde ich nichts dabei zu erinnern finden, wenn alle diejenigen Einkünfte, welche auf den Besitz von Grund und Boden basirt sind, also namentlich die Grundpacht der Meiereien selbst, sowie die (Zeit-) Pachtgelder einzelner Grundstücke, Mühlen und dergl., und diese Grundstücke selbst in der Verwaltung der Cammer bleiben, wenn, wie dies allerdings zu vermuthen ist, der Fürst dies verlangen sollte.

Es würde dabei der Rentwerth dieser Grundgüter durch Sachverständige zu ermitteln sein, insofern nicht etwa eine öffentliche meistbietende Verpachtung dies überflüssig macht. Immer aber setze ich voraus, daß diejenigen Garantien gegeben werden, welche das Wohl der Landesbewohner erfordert, und rechne ich dahin namentlich solche Bestimmungen, wonach den Bedürfnissen der Classe, welche keinen Grundbesitz hat, in so fern Rechnung getragen werden muß, als ihnen von den Ländereien der Meiereien, bei neuer Verpachtung derselben, soviel gegen den taxirten Pachtwerth überlassen werden muß, als die Verhältnisse erfordern oder gestatten. —

5) Bleiben noch die Forsten über, die, wie sie der wichtigste Gegenstand sind, so auch die meisten Schwierigkeiten, hinsichtlich einer beiden Theilen zusagenden Regulirung, bieten dürften. Das Land muß in dieser Beziehung vor allen Dingen seine Ansprüche auf Miteigenthum festhalten, und

und sollte es nicht zu erreichen sein, daß die Forsten ganz in die Verwaltung des Landes übergehen, so würde doch eine gemeinschaftliche Verwaltung unter gegenseitiger Controle eintreten müssen; es würde wegen Festsetzung der Holzpreise, wegen Art und Weise der Verabfolgung desselben, wegen Bewirthschaftung der Forsten, eine bindige Uebereinkunft zu treffen sein; insbesondere aber würde eine bestimmte Summe als Reinertrag festzustellen, und der etwaige künftige Mehrertrag ganz dem Lande zu überweisen sein.

In Vorstehendem sind die Grundzüge angedeutet, welche, meiner Ansicht nach, der Trennung des Staats- vom Domanielhaushalte zu Grunde zu legen sind; bestimmtere Vorschläge zu machen, halte ich erst dann für angemessen, wenn die verschiedenen, in der Commission besprochenen Ansichten, mit dem Regierungscommissarius erörtert sein werden. Die anliegende Uebersicht der Einkünfte vom Domanielvermögen im engeren Sinne und der davon zu bestreitenden Ausgaben, werden es deutlich machen, was ich zu dem ersteren rechne; und auf welche Weise ich zu dem oben angegebenen Resultate gelange, wonach der jährliche Reinertrag desselben sich auf 80,000 Rthl., unter günstigen Verhältnissen aber auf 90,000 Rthl. oder 100,000 Rthl. belaufen kann.

Anlage 29 a.

Uebersicht der Aufkünfte vom Domanalvermögen.

|                                                                                  |                                                                                                                                                                                                             | fl        | gr | sch |
|----------------------------------------------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------|----|-----|
| 1)                                                                               | Rentgefälle im Betrage zu . . . . . 45383 Rthl.                                                                                                                                                             |           |    |     |
|                                                                                  | es gehen davon ab die Jahresschätze welche als eine Steuer zu betrachten sind . . . . . 4731 "                                                                                                              |           |    |     |
|                                                                                  |                                                                                                                                                                                                             | 40652     | —  | —   |
| 2)                                                                               | Meiereipacht . . . . .                                                                                                                                                                                      | 65000     | —  | —   |
|                                                                                  | Domainen im Amte Alverbissen . . . . .                                                                                                                                                                      | 2500      | —  | —   |
| 3)                                                                               | Aus den früheren Richterrechnungen . . . . .                                                                                                                                                                | 200       | —  | —   |
| 4)                                                                               | Von den Forsten . . . . .                                                                                                                                                                                   | 30000     | —  | —   |
| 5)                                                                               | An Lehnsgeldern . . . . .                                                                                                                                                                                   | 1000      | —  | —   |
| 6)                                                                               | Vom Salzwerke . . . . .                                                                                                                                                                                     | 6000      | —  | —   |
|                                                                                  | wobei die Salzsteuer außer Berechnung gelassen und der Preis in Anschlag gebracht ist, welcher sich herausstellen würde, wenn den ausländischen Salinen die freie Concurrenz hier im Lande gestattet würde. |           |    |     |
| 7)                                                                               | Von den Kornböden . . . . .                                                                                                                                                                                 | 18000     | —  | —   |
|                                                                                  |                                                                                                                                                                                                             | 163352    | —  | —   |
| Von obigen Aufkünften des Domanalvermögens sind folgende Ausgaben zu bestreiten: |                                                                                                                                                                                                             |           |    |     |
| 1)                                                                               | Apanagen . . . . .                                                                                                                                                                                          | 26425     | —  | —   |
| 2)                                                                               | Zinsen . . . . .                                                                                                                                                                                            | ca. 14000 | —  | —   |
| 3)                                                                               | Gehalte . . . . .                                                                                                                                                                                           | ca. 15000 | —  | —   |
| 4)                                                                               | Pensionen . . . . .                                                                                                                                                                                         | ca. 3500  | —  | —   |
| 5)                                                                               | Bau- und Besserungskosten . . . . .                                                                                                                                                                         | 20000     | —  | —   |
| 6)                                                                               | Grundsteuer für die Folge mit . . . . .                                                                                                                                                                     | ca. 5000  | —  | —   |
|                                                                                  |                                                                                                                                                                                                             | 83925     | —  | —   |

Schierenberg.